

Az.: 10.24.35

Korrekturblatt

zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 08.02.2017

Grund der Korrektur:
redaktionelle Fehler

Die Korrektur erfolgt im TOP 5.3 Seite 61
Beschlussvorlage B-004/2017
Abstimmungsergebnis

Das Abstimmungsergebnis lautet richtig wie folgt:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

28.03.2017 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 08.02.2017

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 23:14 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	51	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Ralph Burghart	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE	gesundheitlich
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	gesundheitlich
Frau Peggy Schellenberger	SPD-Fraktion	privat
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	fraktionslos	dienstlich
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	gesundheitlich
Herr Falk Ulbrich	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	gesundheitlich

Verspätetes Erscheinen

Frau Almut Friederike Patt	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	16:19 Uhr;
----------------------------	-------------------------------	------------

Vorzeitiges Verlassen

Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	21:38 Uhr; TOP 5.3
Herr Dr. Roland Katzer	Fraktion AfD	20:15 Uhr; TOP 5.3;
Frau Almut Friederike Patt	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	23:10 Uhr; TOP 9.2

beratend Teilnehmende

Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Frau Katrin Ehnert	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Grit Stillger	Abteilungsleiterin Abt. 61.3
Herr Andreas Streich	Abteilungsleiter Abt. 67.3
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15

Gast

Herr Rüdiger School Geschäftsführer SIS gGmbH

Fraktionsangestellte

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Lisa Runkel	Fraktion DIE LINKE
Herr Benjamin Sadler	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass der Beschlussantrag BA-065/2016 „Musealer Eisenbahnstandort Chemnitz-Hilbersdorf“ auf Wunsch der Einreicher vertagt wird.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) beantragt, die Petitionen (TOP 6.1 und 6.2) zu Beginn der Sitzung vor den Beschlussvorlagen zu behandeln.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass seine Fraktion diesen Antrag unterstützen werde, da sie diese Änderung der Tagesordnung ebenfalls beantragen wollten.

Abstimmung über den Antrag

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 12 Stimmenthaltungen)**

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen festgestellt.

- 3 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Es gibt keine Informationen.

- 4 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass
-

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

6 Petitionsvorlagen

- 6.1 Desolater innerstädtischer Straßenbelag
Vorlage: P-001/2017 Einreicher: Frau Marion Neubert aus Chemnitz
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss P-001/2017

Dem Tiefbauamt sollen jährlich mindestens die nötigen 8 Mio. € für die Unterhaltung unseres völlig desolaten Straßennetzes zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
10 Stimmenthaltungen)**

- 6.2 Planung und Bau einer 50 m Schwimmhalle für Bürger und Sport
Vorlage: P-002/2017 Einreicher: Herr Thomas Ebell aus Chemnitz
-

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) beantragt die Petition in den Petitionsausschuss zurückzuweisen.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) spricht gegen den Antrag und sagt, dass das Thema heute vor der Beschlussfassung der Haushaltsatzung behandelt werden solle.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen)**

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) erklärt, dass nach den Vorstellungen der Fraktion AfD im Idealfall eine neue Schwimmhalle die Bedürfnisse des Breiten- und Leistungssports abdecken sowie auch die Interessen von Familien berücksichtigen könne. Er denkt an ein Mischkonzept aus einer 50-Meter-Bahn und Familien- und Freizeitbad. Ebenso verweist er auf die Wichtigkeit für die Schwimmvereine bei einer Sanierung der Schwimmhalle im Sportforum eine Ersatzlösung mit einer 50-Meter-Bahn zu schaffen. Die Schwimmvereine mahnen an, dass durch den Neubau des Kombibades Bernsdorf kein zusätzliches Bad entstehen würde und der Ersatzbau nicht für Breiten-, Schul- oder Vereinssport genutzt werden könne. Er sagt, dass entsprechende Warnungen und Hinweise ignoriert werden. Da eine Stadt, die viel Geld ausgibt um Kulturhauptstadt zu werden, auch bereit sein sollte ein solches nachhaltiges Projekt zu fördern, unterstützt seine Fraktion die Petition.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) merkt an, dass seine Fraktion vor vielen Jahren den Bau von Bädern gefordert hat und nun plötzlich alle Fraktionen sowie auch die Verwaltung Bäder bauen wollen. Er hält diese Trendwende für gut aber leider sei diese nicht koordiniert. Er gibt zu bedenken, dass eine Schwimmhalle einer großen Nutzergruppe offen stehen solle und erachtet es auch nicht als sinnvoll zwei Hallen auf einmal zu bauen und gleichzeitig noch eine dritte zu sanieren. Er spricht sich für die Petition aus.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Sanierungsrückstau in der Sportinfrastruktur die Stadträte seit mehreren Jahrzehnten beschäftigt und bei der Sanierung die drei Schwerpunkte Bäder, Chemnitzer Sportforum und Eissportkomplex im Zusammenhang betrachtet werden müssen. Mit den heutigen Entscheidungen zum Haushalt werde seine Fraktion der Petition nicht Folge leisten aber ihr zum Teil Abhilfe schaffen. Er sagt, dass die Entscheidungen hinsichtlich der Wasserfläche ein Kompromiss bleiben und dass es bedauerlich sei, dass der Bau einer 50-Meter-Halle am Standort Bernsdorf im Dezember nicht durchgesetzt werden konnte.

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) spricht dem Petenten seine Anerkennung aus, da er die Entwicklung des Chemnitzer Nordens und die Aufwertung des Küchwaldkomplexes einfließen lasse und er für die Verbesserung der Chemnitzer Lebensqualität plädiere. Ökologisch sinnvolle Lösungen wurden ebenso betrachtet wie auch die Verbesserung des Vereinssports. Er stellt klar, dass es hohe Summen bei den Bau- und Folgekosten gibt aber diese Summen auch einen messbaren Wert darstellen. Er fragt, warum man diesen Wert geringer schätzen solle als das Engagement bei der Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas oder den Bau eines Fußballstadions. Er unterstütze die Petition und beantragt namentliche Abstimmung. Seiner Meinung nach werde eine teilweise Abhilfe der Petition nicht gerecht und in Wahrheit würde ihr damit auch nicht abgeholfen.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass es gut sei, wenn Bürger den Stadträten Ideen unterbreiten, jedoch im Stadtrat demokratische Entscheidungen getroffen werden müssen. So wie im Dezember, als sich der Stadtrat mit einer Mehrheit für den Standort Bernsdorf für den Bau einer 25-Meter-Schwimmhalle entschieden habe. Sie begründet warum dieser Standort hervorragend geeignet sei und sagt, dass es nicht nur ein Ersatzbau sei, sondern durch mehr Wasserfläche ein Zugewinn. Auch sei wichtig, dass das zukünftige Bad im Standort Bernsdorf für unterschiedliche Benutzergruppen zugänglich ist. Sie verweist auf Briefe zur Petition und nimmt hierzu Stellung in dem sie erklärt, dass nicht mit der Ablehnung dieser Petition die größte Krise im Chemnitzer Schwimmsport organisiert werde, sondern, dass es diese Krise schon seit Jahren gebe. Sie findet es auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit richtig und wichtig das Projekt Sanierung der Schwimmhalle im Sportforum in Angriff zu nehmen und sagt, dass das Sportforum im erheblichen Umfang gestärkt und zu einem attraktiven Zentrum des Vereins- und Leistungssport gemacht werden solle. Sie spricht sich dafür aus mit den Ressourcen langfristig nachhaltig umzugehen und keinen Überbedarf zu produzieren. Sie weist auf die Folgekosten eines zusätzlichen Bades hin. Ihre Fraktion werde dem Vorschlag der Teilabhilfe folgen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Stadtratsmitglieder das Gemeinwohl betrachten und alle Aspekte abwägen müssen. Er weist darauf hin, dass es bei Betrachtung der Wasserfläche zwei 50-Meter-Hallen im Stadtbad und im sanierungswürdigen Sportbad im Sportforum gebe. Er führt an, dass der Petition teilweise abzuhelpen bedeute, die 50-Meter-Halle im Sportforum wettkampftauglich zu sanieren und die Machbarkeitsstudie für den Küchwald zu beschließen. Zum Schluss macht er nochmals deutlich, dass es bei der wettkampftauglichen Sanierung des Sportforums zu Einschränkungen kommen werde.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) verdeutlicht, dass seine Fraktion die Petition unterstützen werde. Es solle mit der Planungsphase begonnen werden, jedoch nicht zu Lasten anderer Vorhaben.

Herr Stadtrat Höhnel (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass es richtig sei, heute darüber zu diskutieren, leider sei dies aber zu spät und auch erfolgte keine Vorberatung im Ausschuss. Er fragt nach dem Grund dafür.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass Herr Runkel diese Frage bereits in der letzten Stadtratssitzung beantwortet habe.

Herr Bürgermeister Runkel wiederholt seine Antwort, dass es einerseits eine Zeitfrage war und andererseits dies das übliche Prozedere bei Petitionen mit unmittelbarer Haushaltsrelevanz sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt nochmals das Abstimmungsverfahren zu dieser Petition.

Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Namentliche Abstimmung

Frau	Barthold	Nein
Herr	Bauer	Nein
Frau	Dr. Becherer	Nein
Herr	Berger	Nein
Herr	Brückom	Ja
Herr	Deschner	Ja
Herr	Dierks	Ja
Frau	Drechsler	Nein
Herr	Faßmann	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Frau	Furtenbacher	Nein
Herr	Dr. Füsslein	Ja
Herr	Dr. Haentjens	Ja
Herr	Herrmann	Nein
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Kallscheidt	Nein
Herr	Dr. Katzer	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Nein
Herr	Kohlmann	Ja
Herr	Lang	Ja
Herr	Dr. Langer	Nein
Herr	Lehmann	Nein
Herr	Leistner	Ja
Frau	Ludwig	Nein
Herr	Marschner	Ja
Frau	Müller, A.	Nein
Herr	Müller, D.	Nein

Herr	Müller, F.	Ja
Herr	Dr. Neubert	Nein
Herr	Otto	Nein
Frau	Patt	keine Abstimmung erfolgt
Frau	Pester	Nein
Frau	Pritscha	Nein
Frau	Roden	Nein
Herr	Rotter	Ja
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Herr	Sänger	Ja
Frau	Schaper	Nein
Herr	Scherzberg	Nein
Herr	Schinkitz	Nein
Herr	Siegel	Nein
Herr	Tietze	Nein
Herr	Vieweg	Nein
Herr	Walter	Ja
Frau	Weidauer	Nein
Herr	Wirth	Nein
Herr	Wolf-Kather	Ja
Frau	Zais	Nein
Herr	Zais	Nein
Herr	Ziems	Ja
Herr	Zschocke	Ja

Beschluss P-002/2017

Die Stadt Chemnitz plant und baut eine wettkampftaugliche 50-Meter-Schwimmhalle am Eissportkomplex an der Leipziger Straße. Die Planung und Umsetzung soll mit den energetischen und technischen Sanierungsmaßnahmen des Eissportkomplexes gekoppelt werden. Die Planungen dazu sollen 2017 beginnen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen)**

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Grundsatzbeschluss zur Entwicklung des Schulstandortes der Saxony International School in Chemnitz
Vorlage: B-021/2017 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Zur Vorlage wurden eine aktuelle Fassung, ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP sowie ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP ausgereicht.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass mit einem Beschluss für die Internationale Schule in Chemnitz eine großartige Chance, ein weiteres tolles Angebot in der Chemnitzer Bildungslandschaft zu etablieren, bestehe. Das attraktive Schulkonzept werde sich zu einem weiteren weichen positiven Standortvorteil entwickeln.

Sie informiert über Schreiben verärgelter Eltern und Schulträger, welche kein Problem mit der Etablierung einer Internationalen Schule, aber wohl mit der Art und Weise, wie mit ihnen und auch den Stadträten umgegangen worden ist, haben. Sie benennt Probleme in dem Schulbezirk, in welchem die Internationale Schule untergebracht werden solle und erklärt, dass es viele Fragen der Eltern diesbezüglich gebe. Sie fordert, dass solche Dinge im Großen und Ganzen einfach besser kommuniziert und beantwortet werden müssen. Sie könne sich vorstellen, dass z. B. 10 % der Mittel, die Chemnitz aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfond vom Bund erhalte, den freien Schulen als Eigenmittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Ihre Fraktion werde dem Grundsatzbeschluss der Vorlage und dem vorliegenden Änderungsantrag zustimmen. Wohlwissend, dass das Programm „soziale Integration im Quartier“, was insgesamt für Sachsen nur 11,25 Mio. € bereithalte, nicht ausreichen werde. Nichtsdestotrotz sollte Chemnitz sich zur Internationalen Schule bekennen und dem Bund signalisieren, dass das Programm auch nach der Bundestagswahl weitergehen sollte. Abschließend betont sie, dass der Stadtrat in Zukunft über den Fortschritt des Projekts gut informiert werden möchte.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und merkt für ihre Fraktion an, dass das Thema Schulnetzplanung mit einem entsprechenden Antrag berücksichtigt wird.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bejaht unabhängige Schulen grundsätzlich. Bei der Kritik, dass nur reiche Eltern sich so eine Schule leisten können, verweist er auf die Idee, den Eltern ein Budget zur Verfügung zu stellen, bei dem sie selbst entscheiden können, wie sie dieses für die Bildung ihrer Kinder investieren. Er sagt, dass noch mehr getan werden müsse, um dem staatlichen Schulmonopol Einhalt zu gebieten.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) spricht sich für die Entwicklung der freien Schulen aus und macht deutlich, dass es nicht um Konkurrenz zu staatlichen Schulen gehe. Er sagt, dass der Unmut, der in dieser Stadt zu diesem Thema aufgekommen sei, daher rühre, dass es in der Qualität insgesamt Probleme gibt. Zum Diskussionspunkt des Standortes neben der Heinrich-Heine-Grundschule führt er an, dass in Stollberg die staatliche Schule und die internationale Schule in einem Gebäude liegen und es überhaupt keine Probleme gibt. Abschließend sagt er, dass es für die Chemnitzer Schullandschaft eine sehr gute Sache sei und man dieses nur unterstützen könne.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt nochmals klar, dass der Antrag zur Überarbeitung der Schulnetzplanung eingereicht sei und erwartet werde, dass das Thema zügig angegangen wird.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) sagt, dass er sich bei dieser Vorlage der Stimme enthalten werde. Grund dafür sei die Äußerung, dass wahrscheinlich der vierzügige Ausbau der Heinrich-Heine-Grundschule für den Schulbezirk nicht reichen würde und man somit nicht wisse, ob in dem Schulbezirk noch weitere Grundschulen benötigt werden. Somit könne man das einzige freie Schulgebäude nicht an einen freien Träger geben.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass die Schulnetzplanung auf einem guten Weg sei. Der Freistaat Sachsen plane ein neues Schulgesetz, bei dem Inklusion groß geschrieben werde. Da es immer wieder Neuerungen gibt, könne derzeit keiner wissen, was kommt, jedoch werde es Auswirkungen auf die Schulnetzplanung haben. Die Schulnetzplanung bestehe aus einer aktuellen, mittelfristigen und langfristigen Planung, bei denen Neuerungen berücksichtigt werden müssen. Deswegen könne jetzt noch nicht gesagt werden, ob weitere Schulen benötigt werden.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) ist sich sicher, dass mehr Grundschulen benötigt werden, da zurzeit eine Vielzahl von Kitas gebaut werde.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) informiert, dass der ursprüngliche Antrag ihrer Fraktion zurückgezogen wird.

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Durch die Bestätigung des Änderungsantrages entfällt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss B-021/2017

1. Der Stadtrat unterstützt die Ansiedlung der „Saxony International School“ (SIS) in Chemnitz.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Fördermittelantrag für das Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017“ für das Projekt der SIS zu stellen. Das Projekt beinhaltet die Sanierung des Bestandsgebäudes als dreizügige Schule einschließlich der Bereitstellung der Sportanlagen.
3. Der Eigenanteil und damit die maximale Förderung des Projektes durch die Stadt beträgt 1.201.100 Euro. Die Mittel sind im Haushalt einzustellen.
4. Sofern die bewilligte Fördersumme und der Eigenanteil der Stadt nicht ausreicht, um das Projekt der SIS zu finanzieren, ist die zusätzliche Inanspruchnahme anderer Förderprogramme zu prüfen. Besteht weiterer Fehlbedarf, wird die SIS prüfen, ob die Mittel eigenständig aufgebracht werden können.
5. Eine Freigabe der Mittel erfolgt erst, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist und weitere notwendige Stadtratsbeschlüsse (u. a. Erbpachtvertrag) vorliegen.
6. Schulausschuss und Verwaltungs- und Finanzausschuss sind regelmäßig über den Fortgang des Fördermittelantrages zu informieren. Entfallen wesentliche Grundlagen für die Realisierung des Projekt hat die Information unverzüglich zu erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

- 5.2 Änderung des Beschlusses B-118/2016 – Umsetzung des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes (SächsInvStärkG)
Vorlage: B-041/2017 Einreicher: Dezernat 1/Dezernat 6
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-041/2017

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Beschlusses B-118/2016 wie folgt:

1. Die in Anlage 3 der Beschlussvorlage B-118/2016 enthaltene Maßnahme zur verkehrlichen Infrastruktur „Innenstadtring, Überarbeitung – Theaterstraße/Brückenstraße“ mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 10.000,0 T€ und einer darin enthaltenen Fördersumme von 7.500,0 T€ entfällt.
2. Zur vollständigen Untersetzung des Förderrahmens Budget „Sachsen“ werden die Ersatzmaßnahmen:
 - Sanierung/Wiederherstellung Ingenieurbauwerk Pleißenbach (Matthesstraße/ Schloßteichstraße) i. H. v. 3.000,0 T€
 - Sanierung/Wiederherstellung wasserbauliche Anlagen Schlossteich i. H. v. 750,0 T€
 - Neubau 1. Bauabschnitt Feuerwehrtechnisches Zentrum i. H. v. 6.250,0 T€

im Rahmen des Investitionskraftstärkungsgesetzes realisiert.

3. Der Beschlusspunkt 5. der Beschlussvorlage B-118/2016 wird aufgehoben; die darin aufgeführten Nachrückmaßnahmen entfallen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 5.3 Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für den Zweijahreshaushalt 2017/2018
Vorlage: B-004/2017 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass zur Beschlussvorlage drei Änderungen der Verwaltung, eine zusammengefasste Liste der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen sowie Stellungnahmen aller Ortschaftsräte ausgereicht wurden. Der Haushaltsplanentwurf wurde in allen beschließenden Fachausschüssen beraten. Es erfolgte auch die Anhörung aller Ortschaftsräte zu den ortschaftsbezogenen Haushaltsansätzen. Von den Ortschaften Euba, Mittelbach, Röhrsdorf, Einsiedel und Kleinolbersdorf-Altenhain liegen abstimmungsfähige Änderungsvorschläge vor, die teilweise von den Fraktionen aufgenommen wurden.

In der Zeit vom 10.11.2016 bis 21.11.2016 fand die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung statt. Es gab im Rahmen der Auslegung keine Einsichtnahmen. Die Frist für Einwendungen von Bürgern und Abgabepflichtigen endete am 30.11.2016. Es gab keine Einwendungen.

Haushaltsrede des Stadtkämmerers

Herr Bürgermeister Schulze führt aus, dass der Zweijahreshaushalt einige Vorteile biete und dennoch naturgemäß mit größeren Unwägbarkeiten als eine jährliche Planung verbunden sei, was er erläutert. Bei rein doppischer Betrachtung ergeben sich bis auf ein vergleichsweise geringes Defizit im nächsten Jahr über den gesamten Planungszeitraum Überschüsse. Die kamerale Vergleichsrechnung jedoch weist in den Jahren 2017 bis 2021 durchweg Fehlbeträge aus. Ursächlich für diese Abweichung sind dabei nicht zahlungswirksame Positionen. Der Haushaltsausgleich wird aber nach kamerale Maßstäben beurteilt. Demnach muss der Zahlungsmittelsaldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit die Kredittilgung abdecken. Bei dieser Betrachtung werden die in den Vorjahren erwirtschafteten liquiden Mittel berücksichtigt. Da das kamerale Defizit mit den vorhandenen liquiden Mitteln ausgeglichen werden könne und die Übergangsvorschrift somit erfüllt ist, ist der vorliegende Haushalt nach Überzeugung der Verwaltung uneingeschränkt genehmigungsfähig. Die im Dezember ausgereichte Haushaltssatzung enthält gegenüber dem Planentwurf für die Jahre 2017 und 2018 einige wesentliche Änderungen, auf die er näher eingeht. Zunächst wurden die allgemeinen Schlüsselzuweisungen auf Basis der Orientierungsdaten um 3,3 Mio. € im Jahr 2017 und um jährlich ca. 3,7 Mio. € ab 2018 erhöht. Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer im Jahr 2018 wurde im Zusammenhang mit der Entlastung der Kommunen durch den Bund hingegen um 1,3 Mio. € reduziert. Gleichzeitig wurde die Bundeserstattung für Kosten der Unterkunft entsprechend um 1,3 Mio. € erhöht. Der Ansatz der investiven Schlüsselzuweisungen wurde ebenfalls ca. 600.000 € in 2017 erhöht und beträgt insgesamt 35,9 Mio. €. Bei den Schlüsselzuweisungen bleibe zu hoffen, dass das Land tatsächlich die versprochenen Mittel an die sächsischen Kommunen weiterleitet. Dies gilt nicht nur für die versprochene Entlastung im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz, sondern auch für avisierte zusätzliche Schulbaumittel des Bundes oder den Mehrbelastungsausgleich für übertragene Aufgaben. Zusätzlich wurden 1 Mio. € aus Umsatzsteueranteilen des Freistaates auf Basis des kürzlich beschlossenen Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration ab 2018 eingeplant. Veränderungen gegenüber dem ausgereichten Planentwurf gibt es auch bei Aufwendungen für Geldanlagen, so wurden für so genannte „Verwarentgelte“ jeweils 400.000 € in 2017 und 2018 eingeplant. Dem Trend zu steigenden Kosten werde Chemnitz durch eine kluge Anlagepolitik entgegenwirken. Bei den Personalaufwendungen wurden rund 1 Mio. € im laufenden Jahr bzw. 750.000 € im Jahr 2018 zusätzlich veranschlagt. Diese Mehraufwendungen ergeben sich hauptsächlich aus vorgezogenen Anpassungen im Zusammenhang mit dem Kita-Betreuungsschlüssel sowie durch Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes. Einem Teil dieser Mehraufwendungen stehen jedoch Einnahmen aus Fördermitteln gegenüber. Insgesamt stellen die Personalkosten mit 213,4 Mio. € die größte Aufwandsposition im städtischen Haushalt dar. Der Stellenplan umfasst im Jahr 2017 3.793 AE. Im Vergleich zu 2016 werden damit in diesem Jahr 95 Stellen, davon 35 im Kitabereich, neu eingerichtet. Im Unterbudget Asyl erfolgte nach nochmaliger Überprüfung eine Anpassung der Haushaltsansätze an die zurückgehenden Flüchtlingszahlen und veränderte Förderbedingungen. Dies betrifft sowohl Erträge als auch Aufwendungen. Im Bereich der Sozialhilfe wurden auf Basis des Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen die prozentuale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft von bisher 39,5 % auf nunmehr 42,3 % angepasst. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Erträge um 1,3 Mio. € im Jahr 2018. Dieser steht allerdings die eingangs erwähnte Reduzierung des Anteils an der Umsatzsteuer in gleicher Höhe gegenüber. Zur Förderung der Wohlfahrtspflege wurden die Ansätze für Begegnungsstätten im gesamten Planungszeitraum noch einmal um 53.000 € pro Jahr erhöht. Somit wird die vollständige Umsetzung des Begegnungsstättenkonzeptes finanziell gewährleistet.

Die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes wurde bei der Fortschreibung der Planansätze mit In-Kraft-treten zum 01.01.2017 berücksichtigt. Hierfür werden in den Jahren 2017 bis 2021 ertragsseitig knapp 3 Mio. € und aufwandsseitig fast 4,4 Mio. € mehr eingestellt. Änderungen gegenüber dem ausgereichten Planentwurf ergeben sich auch bei den Investitionen. Im Kulturbereich sieht der Doppelhaushalt des Freistaates Sachsen zusätzliche investive Verstärkungsmittel vor. In den Jahren 2017 und 2018 wurden deshalb noch einmal fast 400.000 € an Einzahlungen und Auszahlungen in gleicher Höhe eingeplant. Die bereits geplante Komplettsanierung des Eissportkomplexes Küchwald muss wegen der Ablehnung des Fördermitelantrags reduziert werden. Mit den verbliebenen Eigenmitteln soll nunmehr in einem 1. Bauabschnitt für 3,7 Mio. € die Sanierung der Eislaufbahn realisiert werden.

Die zur vorliegenden Haushaltssatzung ausgereichten Änderungen der Verwaltung sind vor allem notwendig, weil neue Maßnahmen in das Förderprogramm nach dem Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetz aufgenommen werden. Im Wesentlichen betrifft das die Einordnung des Feuerwehrtechnischen Zentrums, mit der bisher geplante Eigenmittel frei werden. Diese Eigenmittel sollen für die Sanierung des Hauptstadions und des Marathonturms im Sportforum eingesetzt werden, welcher künftig durch den Olympiastützpunkt genutzt wird. Im Gegenzug entfallen die bisher geplanten Ein- und Auszahlungen für die Sanierung des „Haus des Sports“. Zur Umsetzung der aktuellen Sportentwicklungsplanung wurden außerdem die erforderlichen Mittel für die kleine Kunstturnhalle in den Haushalt eingeordnet. Diese Maßnahme soll mit den in Aussicht gestellten Fördermitteln parallel zur Erweiterung der großen Kunstturnhalle umgesetzt werden. Das beschlossene Theaterkonzept enthält die perspektivisch geplante Verlagerung des Schauspielhauses in die Nähe des Opernhauses. Die dafür erforderlichen Planungen sollen nun ebenfalls erarbeitet werden. Hierzu wurden, verteilt auf die Jahre 2017 und 2018, insgesamt 700.000 € aufgenommen. Mit dieser Haushaltssatzung wird ein Vorschlag über Bauinvestitionen in Höhe von 68 Mio. € in diesem bzw. fast 81 Mio. € im nächsten Jahr zur Beschlussfassung vorgelegt. Dieses massive Investitionsprogramm wird dazu beitragen, die städtische Infrastruktur wesentlich zu verbessern. Allerdings muss auch bewusst sein, dass die Umsetzung dieses Programms sehr anspruchsvoll ist und von der Dauer der Ausschreibungen, der eigenen Leistungsfähigkeit, den Kapazitäten in der Bauwirtschaft und nicht zuletzt von einem reibungslosen Bauablauf abhängt. Mit der ausgereichten 1. Änderung der Verwaltung wurde der Ansatz für Winterdienstkosten in diesem Jahr aufgrund des absehbaren Mehrbedarfs um 200.000 € erhöht. Die Deckung erfolgt aus nicht benötigten Bewirtschaftungskosten für Verwaltungsgebäude. Andererseits sind zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses 50.000 € für die Restaurierung und Konservierung der „Schillingschen Figuren“ eingeordnet. Aufgrund der Übernahme des Feuerwehrtechnischen Zentrums in das Förderbudget „Sachsen“ und der daraus resultierenden Veränderungen des Eigenmittelbedarfs reduziert sich auch die notwendige Kreditaufnahme. Diese soll nunmehr 8,5 Mio. € in diesem und 8,2 Mio. € im nächsten Jahr betragen. Gleichzeitig ist zur Finanzierung eine Erhöhung der Entnahme aus der Liquiditätsreserve von 641.000 € im Jahr 2019 und 969.000 € im Jahr 2020 erforderlich.

Herr Bürgermeister Schulze informiert, dass die Stadt Chemnitz von 2004 bis 2015 fast 140 Mio. € an Schulden abgebaut damit ihre Verschuldung um mehr als ein Drittel reduziert hat. Da dieser Weg konsequent weiter beschritten werden soll, enthält die vorliegende Haushaltssatzung in diesem Jahr eine außerordentlichen Schuldentilgung in Höhe von fast 10 Mio. €. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage lässt sich auch die Entnahme aus der Liquiditätsreserve im vorgesehenen Umfang rechtfertigen.

Zur städtischen Liquidität erklärt er, dass diese abhängig vom Jahresverlauf schwankt, je nachdem, welche Zahlungen eingehen und welche Rechnung beglichen werden müssen. Die verbleibenden „freien“ Mittel sollten nicht über Gebühr in Anspruch genommen werden, da der Haushalt einige Risikopositionen enthält, für die Vorsorge getroffen werden sollte. Ziel ist es, bis 2018 die Aufstellung der Jahresabschlüsse der vergangenen beiden Jahre und des laufenden Jahres abzuschließen, um eine bestmögliche Entscheidungsgrundlage für die weitere Haushaltsplanung zu ermöglichen. Er stellt fest, dass dieser Haushalt ganz sicher kein Sparhaushalt ist und legt dar, dass in den nächsten beiden Jahren rund 220 Mio. € für die Bildung und Betreuung in Kitas, 153 Mio. € für Schulen, 133 Mio. € für den Kulturbereich und 377 Mio. € für soziale Angelegenheiten bereitgestellt werden. Wichtige Projekte wie der Neubau einer Oberschule, die Umsetzung des Theaterkonzeptes, der Schwimmhallenneubau in Bernsdorf oder der neue Nahverkehrsplan können mit diesem Haushalt umgesetzt werden. Eine solide Haushaltslage ist jedoch nicht für alle Zeiten selbstverständlich und in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung im Land und der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und Bürger abhängig. Deshalb müsse verantwortungsvoll mit dem Geld umgegangen werden, unter diesem Aspekt betrachte er auch die vorliegenden Änderungsanträge zum Haushalt. Dies bedeute für ihn, abzuwägen, was es bereits gibt und was es darüber hinaus geben muss, um die Stadt langfristig voranzubringen, genau zu überlegen, was man sich leisten wolle und auch längerfristig leisten könne und im Blick zu behalten, welche Risiken bestehen und wie Chemnitz diesen aktiv begegnen könne.

Stellungnahmen der Fraktionen zur Haushaltssatzung

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass der Zweijahreshaushalt Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre und gleichzeitig eine gewisse Richtungsentscheidung für die Zeit zurückgehender Zuschüsse von außen, hin zu mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung für die Stadtgesellschaft nach 2020 gebe. Deshalb stehen die Schwerpunkte seiner Fraktionsgemeinschaft ganz klar unter der Überschrift „Fit für die Zukunft“. Dazu dienen neben den weiteren Investitionen in die städtische Infrastruktur, insbesondere Schulhilfe, Kitas, Straßen, Wege, Plätze, Kunst, Kultur und Sport. Aber ganz besonders wichtig für seine Fraktionsgemeinschaft sei das Thema Wirtschaftsförderung als die Grundlage für eine gute Platzierung der Stadt im Wettbewerb der Städte, Gemeinden und Regionen nach 2019/2020. Hier werde die Aufgabe des Stadtrates darin gesehen, das Gleichgewicht zwischen einem attraktiven Lebensumfeld und einem attraktiven Wirtschaftsstandort aktiv mitzugestalten. Dazu mache die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP eine ganze Reihe von Vorschlägen und freue sich ganz besonders, dass ihre Initiative für das Kongress- und Tagungszentrum im Herzen der Stadt eine breite Unterstützung im Stadtrat bekomme. Zusätzlich werde das Thema Innenstadtvermarktung angeschoben und für ein Sonderbudget zunächst für zwei Jahre erworben. Seine Fraktionsgemeinschaft sei der Meinung, dass Stadtteilentwicklung neben der Innenstadtentwicklung ein ganz wichtiger Baustein ist für die Gesamtausstrahlung der Stadt auch nach außen sei. Insofern sei der Chemnitzer Norden ein wichtiger Baustein in dieser Gesamthematik, weil er letztendlich ein Stadteingang über die Leipziger Straße und somit ein Aushängestandort für die Stadt Chemnitz insgesamt sei. Jetzt bestehe die Chance mit einem mutigen Gesamtkonzept für das Aerial mit Botanischen Garten, Eissportkomplex und Küchwaldpark insgesamt einen wirklich großen Wurf zu landen. Dazu beantrage seine Fraktionsgemeinschaft die Gesamtstudie schon mit konkreten Projekten zu untersetzen. Auch wünsche sich seine Fraktionsgemeinschaft nach wie vor ein modernes, multifunktionales Bad mit den energetischen Highlights für die Stadt der Moderne an dieser Stelle, welches Initialzündung für den gesamten Stadtteil sein könne.

An dieser Stelle wurde die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass zu mindestens über ein Gesamtkonzept diese Entwicklung weiter vorangetrieben werden könne. Er sagt abschließend, dass alle Investitionen, insbesondere die mit Fördermitteln, eine riesen Herausforderung für die Verwaltung darstellen. Deshalb müsse weiterhin auf der einen Seite Personalpolitik mit Augenmaß betrieben werden. Aber wenn erkennbar werde, dass Maßnahmen, die mit besten Wissen und mit eigener Kraft vorbereitet werden, im Zweifelsfall in dem Fördermittelzeitraum nicht abgerufen werden können bzw. drohen aus dem Ruder zu laufen, dringend der Stadtrat informiert werden solle, dass an der Stelle die notwendige Unterstützung geleistet werden könne.

Frau Stadträtin Schaper führt aus, dass auf der Grundlage einer weitgehend stabilen Ertragsentwicklung der Haushaltsausgleich erreicht werde und einer Haushaltsgenehmigung nichts im Wege stehe. Ihre Fraktion sei bei der Prüfung und Abwägung auch zahlreicher Hinweise aus der Bürgerschaft von drei Grundüberlegungen ausgegangen. Das sei zunächst die verantwortungsvolle Nutzung der vorhandenen Spielräume. Dies wurde mit den Änderungsanträgen getan, dabei gehe man derzeit vom Stand der Liquiditätsreserve zum 31.12.2016 in Höhe von 124 Mio. € aus und nicht von einer allgemeinen Rücklage in Höhe von 200 Mio. €, wie sie in der Öffentlichkeit kolportiert werde. Sie meint, dass nicht alle der heute zur Diskussion stehenden Änderungsanträge von einer verantwortungsvollen Nutzung der vorhandenen Spielräume zeugen. Manche seien kurzsichtig und auf populistische Soforteffekte gerichtet. Auf vielen wichtigen Gebieten habe der Stadtrat Prioritätenlisten beschlossen und grundsätzlich sei ihre Fraktion dagegen, mit Einzelmaßnahmen im Rahmen der Haushaltsdiskussion diese Prioritätenlisten aufzuweichen bzw. ohne zwingenden Grund zu verändern. Entsprechende Änderungsanträge lehne sie deshalb ab. Die zweite Grundüberlegung sei die Berücksichtigung der möglichen Risiken. Bei aller positiven Einschätzung der Haushaltlage dürfen vor vorhandenen Risiken und Unsicherheiten nicht die Augen verschlossen werden. Dies seien zum einen Äußere, von der Stadt Chemnitz nicht beeinflussbare Unsicherheiten, wie z. B. die Konjunktorentwicklung im Zusammenhang mit weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Aber es gebe auch innere Risiken wie z. B. die Entwicklung des Zuschussbedarfs der CVAG aus dem städtischen Haushalt oder noch ausstehende Tarifabschlüsse. Drittens sei der Erhalt der nachhaltigen Leistungsfähigkeit der Kommune zu sichern. Die gegenwärtige komfortable Lage dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei nicht um eine unumkehrbare Entwicklung handelt. Nach wie vor gebe es in verschiedenen Bereichen der Infrastruktur großen Nachholbedarf bei Instandhaltung und Investitionen. Das Problem der nachhaltigen Leistungsfähigkeit werde auch zahlenmäßig darin deutlich, dass in keinem Jahr eine Nettoinvestitionsrate erwirtschaftet werden könne. Trotz aller positiven Entwicklungen verdeutlicht ihre Fraktion auch 2017 ihre Hoffnung an Bund und Freistaat. Sie erwarten weitere Überlegungen zur finanziellen Ausstattung der Kommunen. Auch gelte es, Regelungen zum Finanzausgleich für die Zeit ab 2019 neu zu überdenken. Seit vielen Jahren begleite ihre Fraktion die Personalpolitik der Stadtverwaltung sehr kritisch. Verschiedene Maßnahmen lassen zwar ein Umdenken der Verwaltungsspitze erkennen. Angesichts der demografischen Entwicklung in der Verwaltung sowie der schwierigen Situation auf dem Personalmarkt müssen die Anstrengungen in der Personalpolitik aber dringend weiter ausgebaut werden. Vor nunmehr fast zehn Jahren habe der Stadtrat ein Sanierungsprogramm für Schulen auf den Weg gebracht. Und auch mit dem Zweijahreshaushalt sei man auf einem guten Weg, steigenden Geburtenzahlen und der Anpassung von Lernbedingungen an die neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Unabhängig von großen Investitionen, dürfe der Rückstau in Investition und Instandhaltung in allen Bereichen der Infrastruktur nicht aus den Augen verloren werden. Bei allen Bau- und Sanierungsmaßnahmen sollte es selbstverständlich sein, Maßnahmen für die Barriere-

freiheit auch auf haushalterischer Seite einzuplanen. Mittel- bis langfristige Konzepte brauche es dringend im Bereich der Suchthilfe. Dem vermehrten Beratungs- und Hilfebedarf müsse eine entsprechende Finanzierung im Haushalt gegenübergestellt werden, was fraktionsübergreifend beantragt werde.

Frau Stadträtin Schaper erklärt, dass ihre Fraktion Änderungsanträge hauptsächlich gemeinsam mit den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber auch den Fraktionsgemeinschaften von CDU/FDP sowie Volkssolidarität/Piraten eingereicht haben. Diese Änderungsanträge beschäftigen sich mit den Schwerpunkten Kinder und Bildung, Soziales und Gesundheit, Sport, Personal und Infrastrukturmaßnahmen. Soweit keine sachlich begründete Deckung dieser Änderungsanträge innerhalb eines Budgets erfolgen könne, werde auf verschiedene andere Deckungsquellen zurückgegriffen wie die höheren allgemeinen und investiven Schlüsselzuweisungen vom Freistaat gegenüber den ursprünglich geplanten, Zinseinsparungen durch Nichtinanspruchnahme von Kreditermächtigungen sowie geplante Kosten der Unterkunft, die durch verschiedene Ursachen nicht in voller Höhe benötigt werden. Für Investitionen sollen Mittel aus der Liquiditätsreserve eingesetzt werden, ohne diese als eine Art Selbstbedienungsladen in Anspruch zu nehmen. Die Deckungsvorschläge seien finanziell untersetzt, von der Höhe her angemessen und führen zu keinen Abstrichen oder Risiken bei anderen geplanten Ausgaben. Abschließend wünsche sich ihre Fraktion für die Zukunft noch mehr Überlegungen, wie die Bürger besser mitgenommen werden können.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) stellt fest, dass seit langem erstmals im Haushalt erkennbar sei, dass die Stadt investiert und gestaltet und der ausbalancierte Haushalt einen deutlichen Gestaltungsauftrag für die Verwaltung vorgibt. Begünstigt werde dieser von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt. Ein wichtiger Faktor sei auch eine vor einigen Jahren nicht für möglich gehaltene Bevölkerungsentwicklung. Das verdeutliche den Anspruch und den Auftrag an die Verwaltung sowie den Stadtrat, die begleitenden Strukturen für eine wachsende Stadt zu schaffen. Dabei könne auf Förderprogramme von Bund und Land zurückgegriffen werden. Diese seien eine entscheidende Hilfestellung und ermöglichen die aktuelle Entwicklung. Wichtig sei auch zu betonen, dass im Haushalt Personalstellen geschaffen werden, um all die Aufgaben erfüllen zu können, die der heutige Beschluss aufgibt. Auch die Gestaltung des Gemeinwohls der Stadt und ihrer Bürger spiegeln sich im Haushaltsplan wieder. Neue Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, ein aufgestocktes Jugendhilfebudget oder die erhöhten Mittel für die Grünpflege machen deutlich, dass in Chemnitz angepackt wird, um die Stadt noch lebenswerter zu machen. Zu den eingereichten Änderungsanträgen erklärt er, dass seine Fraktion den roten Faden des Haushaltsplanentwurfs aufgreife und sich dafür einsetze, das Gemeinwohl zu stärken und in die Infrastruktur zu investieren. Der Haushalt werde zu einem Zeitpunkt beschlossen, an dem sich bestimmte Handlungsspielräume eröffnet haben, was genutzt werden sollte. Da nicht davon ausgegangen werden könne, dass sich die Rahmenbedingungen ewig so weiter entwickeln, müsse darauf geachtet werden, dass maßvoll vorgegangen wird. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Liquiditätsreserve als Sicherung gelte und niemand die Zukunft vorhersehen könne. Und es dürfe auch nicht vergessen werden, dass irgendwer die ganzen Vorhaben auch umsetzen müsse. Das sollte heute auch im Blick behalten werden. Trotzdem solle heute die Chance genutzt werden, mit Verantwortungsbewusstsein die Weichen für die Zukunft der Stadt Chemnitz zu stellen.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt der vorliegende Haushalt mache deutlich, dass die finanzielle Situation der Stadt stabil sei. So profitiert Chemnitz in besonderem Maße von der guten wirtschaftlichen Entwicklung seiner Unternehmen und der Verbesserung der Einkommensverhältnisse seiner Einwohner. Die in der Vergangenheit erfolgten Kürzungen und Sparkonzepte führten zu einem erheblichen Rückstau. Selbst die im letzten Jahr beschlossenen 120 Mio. € für die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes bis 2025 seien nicht ausreichend, um den Sanierungsrückstau bei den Chemnitzer Sportstätten zu beheben. Nach Jahren des endlosen Diskutierens und Wartens auf Fördermittel für die wichtigsten Vorhaben werde nun selbst Geld in die Hand genommen und mit 6 Mio. € für die Sanierung der Schwimmhalle im Sportforum und 5 Mio. € für die Überdachung der Eisschnellaufbahn im Küchwald werden deutliche Akzente gesetzt. Einige Schulhöfe befinden sich in einem erbärmlichen Zustand und im Baudezernat fehle es an Personalressourcen, diese Defizite zu beseitigen. 500.000 € zusätzlich für die Instandsetzung von Schulhöfen sowie zwei Personalstellen zur Realisierung von Vergaben und der handwerklichen Betreuung von Spielgeräten sollen die Situation spürbar verbessern. Vom Grünflächenamt werde erwartet, dass die Besetzung der Stellen zügig erfolgt. Steigenden Kinderzahlen stehen nicht ausreichende Plätze in Kindertagesstätten und Schulen zur Verfügung. Im Schauspielhaus müssten mehr als 10 Mio. € investiert werden, um das Haus auch in der Zukunft beispielbar zu machen. Der Zustand vieler Fußwege erinnere an einen Hindernisparcour. Diese wenigen Beispiele stehen dafür, dass Sparen an sich kein Wert sei und erhebliche Folgekosten meist die Konsequenz sind, was im Übrigen auch für den sozialen Bereich und präventive Jugendhilfe zutreffe. Der vorliegende Haushalt und die Änderungsanträge, die ihre Fraktion mittrage, machen deutlich, dass genau diese Bereiche mit einer langfristigen Strategie angegangen werden sollen. Investition in Prävention, kulturelle und soziale Angebote sowie in den Erhalt und die Sanierung der kommunalen Infrastruktur haben dabei höchste Priorität. Jede Neuinvestition müsse sich deshalb künftig noch mehr an ihrer Nachhaltigkeit für die gesamte Stadtgesellschaft messen lassen. Und es gehöre auch dazu, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in angemessener Art und Weise zu sichern. Mit dem geplanten Stellenaufbau bis 2018 sei die Stadt auch hier auf einem guten Weg. In nicht unerheblichem Maß beteiligt sich der Bund an der finanziellen Bewältigung von Pflichtaufgaben der Kommunen. Eine solche Pflichtaufgabe nach Weisung sei die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen und natürlich koste auch die Integration Geld. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße, dass der Bund drei Jahre lang die Kosten der Unterkunft für anerkannte, arbeitslose Asylbewerber vollständig übernimmt. Für Chemnitz ergeben sich daraus finanzielle Spielräume, die über gemeinsame Änderungsanträge für die Gesundheitsfürsorge, die Aufstockung der Jugendhilfe, die Suchtprävention und für Chemnitzer Vereine und Verbände nutzen. Allerdings setze das voraus, dass der Freistaat die Bundesmittel 1:1 an die Kommunen und damit auch Chemnitz weiterreiche. Gleiches gelte im Übrigen auch für die in Aussicht gestellten Bundesmittel zur Sanierung und Ausstattung von Schulen. Für ihre Fraktion sei die Umsetzung der Radverkehrskonzeption besonders wichtig. Im vorliegenden Planentwurf seien dafür knapp 1,5 Mio. € eingestellt. So könne mit der heutigen Beschlussfassung das Vorhaben Radweg auf der alten Bahnstrecke Küchwald-Wüstenbrand für das in der mittelfristigen Finanzplanung 3,9 Mio. € eingestellt sind, 2019/2020 endlich realisiert werden. Mit Blick auf die Beteiligungen der Stadt an Unternehmen und Zweckverbänden sieht ihre Fraktion vor allem das Verbleiben in der Flughafen Gesellschaft Jahnsdorf kritisch und sie wird sich deshalb weiter für den Weg des Ausstiegs einsetzen. Perspektivische Risiken für den Haushalt sehe ihre Fraktion in der wirtschaftlichen Entwicklung der eins energie. Ob sich das Modell der Holding mit der Querfinanzierung des ÖPNV auch in Zukunft trage, sei nicht gesichert. Eine strategische Diskussion sei überfällig. Gleiches treffe für die Bewältigung der anstehenden Auf-

gaben im ESC zu. Neben der Baumaßnahme Regenüberlaufbecken müssen die neuen Anforderungen aus der im Januar 2017 beschlossenen Neuordnung der Klärschlammverwertung mittelfristig umgesetzt werden. Daher sei man gut beraten, mit den vorhandenen liquiden Mittel sorgsam umzugehen.

Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD) weist darauf hin, dass erst im vergangenen September der Jahresabschluss 2013 vorgelegt wurde und die Bilanzen der letzten drei Jahre noch aus stehen. Jetzt zeichne sich für 2014 ab, dass sich das damals unterstellte Minus von 18 Mio. € letzten Endes in ein Plus von 22 Mio. € durch Auflösung von Sonderposten umgewandelt habe. Allein im Rahmen der Jahresabschlüsse 2011 und 2012 wurden Ergebnismrücklagen im Wesentlichen so aus genannten nicht zahlungswirksamen Vorgängen von insgesamt 45 Mio. € gebildet. Nichtsdestotrotz dürfen die Fraktionen diese Haushaltsreste von nicht zahlungswirksamen Vorgängen, aus juristischen Gründen nicht als Kostendeckungsquelle eigener Haushaltsanträgen verwenden. Für den Bürger sei dies nicht transparent und auch die Kontrollfunktion des Stadtrates ist so nicht real zu erfüllen. Es sei verwunderlich, wenn der Stadtratsmehrheit teilweise keine besseren Deckungsvorschläge einfallen als noch mehr Geld aus der Liquiditätsreserve zu entnehmen, die schon seitens der Verwaltung mit 20 Mio. € belastet werde. Übrigens zufällig genau dieselbe Summe, die eine Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt kosten werde, während die Straßen einen Sanierungsrückstau von 18 Mio. € aufweisen. Deswegen seien die Änderungsanträge zum Thema Straßensanierung leider nicht weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die AfD-Fraktion unterstütze hingegen die Petition, dafür jedes Jahr die notwendigen 8 Mio. € einzuplanen. Auch befürworte sie die Petition eine neue Schwimmhalle neben dem Eissportzentrum Küchwald zu bauen. Daher stimme seine Fraktion nicht für ihre Änderungsanträge. Darüber hinaus beantrage sie eine zusätzliche Breitensportförderung in Höhe von 1,26 Mio. € verteilt auf zwei Jahre. Er erinnert, dass seine Fraktion in den letzten beiden Haushaltssitzungen mit Nachdruck mehr Geld für die Sanierung von Spielplätze und Kita-Anlagen gefordert habe. In den nächsten Jahren fließen durch das Investitionskraftstärkungsgesetz zwar insgesamt 1,5 Mio. € in die Spielplätze aber eben nur investiv. Für die Sanierung werden jedoch nach wie vor nur 57.000 € eingeplant. Deshalb beantrage die AfD erneut 150.000 € mehr. Für die Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung in jedem Stadtteil beantrage seine Fraktion in einem ersten Schritt eine zweckgebundene Erhöhung des städtischen Zuschusses auf 50.000 € jeweils für die Jahr 2017 und 2018. Auch dass der Tierpark wieder eine Zoopädagogenstelle erhalten solle sei längst überfällig. In der Haushaltsdebatte 2015 beantrage seine Fraktion daher das Marketingbudget für den Tierpark um 20.000 € erhöhen, was abgelehnt wurde. Stattdessen wurde nun ein externes Gutachten erstellt, und ein kostenpflichtiger Masterplan werde folgen.

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) macht darauf aufmerksam, dass seine Fraktionsgemeinschaft einige bekannte und bereits behandelte Anträge wieder ins Spiel bringe. Das habe den Hintergrund, dass eine bessere finanzielle Situation als Ausgangspunkt bestehe und daher den Anliegen der Bürgerinitiativen erneut Rechnung getragen werden solle. Der wichtigste Änderungsantrag betreffe jedoch die Verbesserung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten, insbesondere die durch Erhöhung der Mittel des Anteils der freiwilligen Leistungen. So solle die Vorbereitungszeit pro Erzieher auf zwei Stunden pro Woche erhöht werden. Die Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN möchte sich mit dem heutigen Haushalt auch wieder dem Erhalt städtischer Bauwerke widmen, um die Denkmäler zu sichern. Weiterhin versuche sie heute noch einmal das Angebot zu unterbreiten den hohen Turm vom Rathaus begehbar zu machen. Auch unterstütze sie die bürgerschaftlichen Initiativen für den Erhalt der in Chemnitz noch verbliebenen Freibäder wozu in der heutigen Sitzung noch ein entsprechender Be-

schlussantrag auf der Tagesordnung stehe. Zur Sicherung der Prüfung für die Standortrevitalisierung der Talsperre Euba werden ebenfalls Mittel beantragt. Auch sei ihnen die Deckung der Kosten für kleinere Dinge wie z. B. die Überdachung einer Bushaltestelle in Kleinolbersdorf genauso wichtig wie auch die Anbindung des Alternativen Jugendzentrums mit der neuen Nachtbuslinie. Weiterhin solle das Grünflächenamt mit einer geringfügigen Stelle von 0,25 AE im Bereich der Bürgerpflege unterstützt werden. Auch zum Thema Winterdienst habe seine Fraktionsgemeinschaft einen anspruchsvollen Vorschlag eingereicht und mit den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP wurden einige gemeinsame Anträge heute vorgelegt.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt fest, dass Herr Bürgermeister Schulze richtiger Weise darauf hingewiesen habe, dass das worauf es letztendlich messbar ankomme die Vergleichsrechnung nach altem Recht sei. Die Doppik verleite ganz offensichtlich viele in der Öffentlichkeit und auch im Stadtrat zu Fehlannahmen und zu ausgabenmäßigen Höhenflügen. Und wenn eben die Vergleichsrechnung angeschaut werde, finde man dort ein Minus von 14 Mio. €. Und bei diesem Minus im Haushalt durchweg Änderungsanträge zu bringen, die Mehrausgaben nach sich ziehen, sei schlicht und einfach Realitätsverlust. Er meint, dass sich Chemnitz nach wie vor riesen Ausgaben leiste, die man sich nicht leisten müsse und nicht leisten könne. Solange man sich eine Bewerbung zur Kulturhauptstadt und ein Gunzenhauser leiste, brauche man sich nicht wundern, dass es ein riesen Minus im Haushalt gibt. Aber dann sollte man wenigstens so vernünftig sein und das Minus nicht noch weiter vergrößern wollen. Er sagt, dass er kein Freund vom Doppelhaushalt sei, da es einfach noch zu viele Unbekannte gebe. Positiv daran sehe er aber, dass die Kämmerei die nötigen freien Spitzen dadurch haben werde, dass der nächste Doppelhaushalt dann schon Ende 2018 nicht nur vorliege, sondern behandelt werde. Seine Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zum Ablauf der Beratung und Beschlussfassung. Ausgangspunkt der Beratung ist der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2017/2018 mit den Änderungen der Verwaltung. Die eingereichten Änderungsanträge (Änderungslisten) werden unter den jeweiligen Bestandteilen des Haushaltes beraten und abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt entsprechend aufsteigender Produktuntergruppe. Bei gleichem Sachverhalt entscheidet die Höhe der Summe, bei gleichem Sachverhalt und gleicher Summe entscheidet die Reihenfolge des Posteingangs.

Über die einzelnen Bestandteile des Haushaltsplanes wird nicht gesondert abgestimmt. Die Beschlussfassung erfolgt ausschließlich über die Haushaltssatzung auf Basis der Anlage 1, Seiten 2 und 3 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.

Grundlage für die folgende Beratung und Abstimmung ist die Zusammenstellung der Änderungsanträge erstellt durch das Amt 20, Redaktionsschluss 07.02.2017

Beratung über den Ergebnishaushalt

Nummer 1

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) spricht für die Änderungsanträge mit den Nummern eins und zwei und erläutert zunächst die Änderungsanträge inhaltlich. Er erachtet es als sinnvoll eine Förderrichtlinie zu erarbeiten, die diesen Initiativen die Möglichkeit gibt im kleineren Umfang Fördermittel zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Nummer 2

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Nummer 3

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nr. 4

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) bringt den Änderungsantrag ein und begründet, warum nur die sechs genannten Schulen im Änderungsantrag vorkommen. Er sagt, dass bei der Erarbeitung des Antrages von der Kapazität des Hochbauamtes ausgegangen worden sei und nur bei diesen eine Planung vorliege.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen)**

Nummer 5

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

Nummer 6

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass an der Stützmauer des Schulhofes in Schönau bei einer ersten Begutachtung Risse festgestellt wurden. Der Änderungsantrag ziele darauf ab, die Ursachen und den Umfang der Schäden zu ermitteln und in Folge daraus sollen die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung eingeleitet werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen)**

Nummer 7

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen)**

Nummer 8

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) geht auf die inhaltliche Ausstattung in Schulen ein und sagt, dass diese nicht überall gleichermaßen gut bestellt sei und deswegen die Ausstattung in fachlicher Hinsicht verbessert werden solle.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) spricht sich gegen die Änderungsanträge 2017, 2018 und den Änderungsantrag Nummer 10 aus, da im Haushalt Mittel eingeplant seien und auch auf Rückfragen bei der Stadtverwaltung bestätigt wurde, dass bei Sanierungen der Schulen ein entsprechendes Budget eingeplant sei.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Nummer 9

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(16 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Nummer 10

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass in Schulen nicht genug Geld investiert werden könne, die Priorität auf der Schulausstattung liegen und die Gesundheit der Kinder gefördert werden sollte.

Frau Stadträtin Zais (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verweist auf ein zusätzliches Programm des Bundes, bei dem es um Investitionen für Schulen und deren Ausstattung gehe. Wenn diese Mittel der Stadt zur Verfügung stehen, können im Stadtrat entsprechende Beschlüsse gefasst werden, wie diese Gelder verwendet werden sollten. Aus diesem Grund lehne ihre Fraktion diesen Antrag ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)

Nr. 11

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass zugesichert worden sei, zwei freie Stellen als Krankenschwestern zügig neu zu besetzen. Stattdessen wurden lediglich zwei Heilpädagogen eingestellt, welche die nötigen Aufgaben nicht erfüllen können. Unter dem Fehlen der Krankenschwestern leide nicht nur die medizinische Versorgung der behinderten Kinder, sondern mittlerweile sind auch außerschulische Aktivitäten nicht mehr möglich.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Nummer 12

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(54 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Nummer 13

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die Rottluffer Mühle von Innen eine Ruine sei. Der Förderverein habe zwar Bundesfördermittel in Höhe von 125.000 € erhalten. Jedoch müsse der Förderverein Eigenmittel in Höhe von 25.000 € nachweisen. Daher schlägt er vor in zwei Jahren je 10.000 € bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung)

Nummer 14

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Nummer 15

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) macht deutlich, dass der Magazinmeister eine zentrale Bedeutung für die Museen habe und diese ohne ihn nicht arbeiten könnten. Somit würde eine Befristung dieser Stelle den Museen enorm schaden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen)**

Nummer 16

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Nummer 17

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass ein Teil der Futtermittelmenge über ein direktes Futtermittelsponsoring realisiert wurde. Das war jedoch nach einer verwaltungsinternen Entscheidung nicht mehr möglich. Beide Anträge für 2017 und 2018 umfassen die dafür einzustellenden Mittel.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Nummer 18

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Nummer 19

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) begründet alle fraktionsübergreifenden Änderungsanträge zum Thema Tierpark. Er stellt fest, dass es einen Sanierungsrückstau bei den Gehegen und eine mangelhafte Attraktivität gebe, da der Tierpark nicht im Fokus der Haushaltspolitik stand. Zum Änderungsantrag Nummer 22 erklärt er, dass ausgehend von der SWAT-Analyse ein Masterplan aufgestellt werden solle. Da die eingestellten Mittel dafür nicht ausreichend seien, sollen diese mit dem Antrag aufgestockt werden. Der Masterplan, der sicher noch 2017 im Stadtrat beraten werde, solle die Grundlage für die Entwicklung der nächsten Jahre sein. Die Änderungsanträge Nummer 23 und 24 begründet er damit, dass das bisherige Marketingbudget bisher so niedrig sei, dass man kaum von einer Vermarktung des Chemnitzer Tierparks sprechen könne. Deshalb müsse das Budget unbedingt erhöht werden, wobei die veranschlagten 12.000 € das absolut Notwendigste seien. Zu Nummer 19 sagt er, dass nun eine Stelle direkt geschaffen werden solle, da es fehlgeschlagen ist zoopädagogische Leistungen anderweitig extern zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 20

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass seine Fraktion als einzige für Ausgaben an einer Stelle Einsparungen an anderer Stelle vorschlagen. Er möchte die Gelder für die Projekte, die in dem lokalen Aktionsplan gefördert werden, komplett streichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(7 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen)

Nummer 21

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen)

Nummer 22

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
5 Stimmenthaltungen)

Nummer 23

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 24

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 25

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 26

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass es im August 2016 fraktionsübergreifend den Wunsch gab, den Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg finanziell zu unterstützen und dass das Ergebnis dessen dieser Änderungsantrag sei.

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt sein Befangenheit an und nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen)

Nummer 27

Herr Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob befangenen Stadtratsmitglieder über den Gesamthaushalt abstimmen dürfen.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, dass dieser Sachverhalt schon 2011 geprüft worden sei und festgestellt wurde, dass bei Stadtratsbeschlüssen zum Haushalt grundsätzlich nicht von einer Befangenheit auszugehen sei, es sei denn, dass eine tatsächliche, unmittelbare, persönliche Bevorteilung zu erwarten sei. In aller Regel seien aber noch Ausführungsbeschlüsse notwendig.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erkundigt sich nochmals, ob es also richtig ist, dass sich Herr Dierks an der Abstimmung zum Gesamthaushalt beteiligen kann.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt nochmal, ob aus Sicht der Verwaltung Herr Dierks jetzt auch nicht befangen gewesen wäre.

Herr Bürgermeister Runkel bejaht die Aussage der Oberbürgermeisterin und sagt, dass es eine schwierige Frage sei. Wenn man eine unmittelbare Betroffenheit sieht, sei es aus Gründen der Sicherheit gut, diese anzuzeigen und vielleicht doch auf die Abstimmung zu verzichten.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) meint, dass jemand, der jetzt befangen sei, dann auch bei der Abstimmung zum Gesamthaushalt befangen sei, da dieser das gerade Beschlossene beinhalte.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, dass es insoweit eine logische Konsequenz wäre, dass mit dem Beschluss des Änderungsantrages dieser dann schon Bestandteil der Haushaltssatzung ist, also hat der Stadtrat bereits über den Änderungsantrag beschlossen und der Stadtrat entscheidet dann insgesamt über die Gesamtsumme.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

Nummer 28

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) denkt, dass sich alle einig sind, dass das Thema Kückwaldbühne weiter unterstützt werden soll.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass nach Rücksprache mit dem Verein die erste Priorität bei der Umzäunung der Kückwaldbühne liege. Seine Fraktion werde bei den Investitionen die Umzäunung beantragen und daher diesen Antrag ablehnen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)**

Nummer 29

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(27 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 30

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass das Schlingel-Festival zusätzlich mit 20.000 € unterstützt werden solle, da es unter anderem gute Beiträge zur Bewerbung als Kulturhauptstadt leisten könne, so z. B. ein Projekt zur Untertitelung von Filmen.

Nummer 32

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (44 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen)**

Nummer 33

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) teilt mit, dass das Ergebnis der Prüfphase des freien Eintritts für Kinder und Jugendliche durchweg positiv war, es aber damals an Geld fehlte.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass es eine logische Folge sei, unter anderem aus den 5 % für den Kulturhaushalt der freien Szene, den Kindern und Jugendlichen auch freien Eintritt in Museen der freien Träger zu gewährleisten. Er legt nahe, den Änderungsantrag für 2017 zurückzuziehen, da Kriterien und Bedingungen festgelegt werden müssen, worüber der Kulturbeirat und der Kulturausschuss diskutieren sollen.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt klar, dass der Änderungsantrag nicht zurückgezogen wird, da es bereits eine Prüfungs- und Ausprobierphase gab. Sie ist sich sicher, dass die Stadtverwaltung mit den Museen den Antrag schnell umsetzen kann.

Herr Stadtrat Deschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sieht den Änderungsantrag als logische Folge, da die nötigen Gespräche bereits geführt worden seien.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass es in erster Linie darum geht, Kriterien festzuschreiben, was freie Museen sind, die diese Förderung erhalten könne. Um diesen Kriterienkatalog festzulegen braucht man Beratungen im Kulturausschuss und im Kulturbeirat. Deswegen ist eine Umsetzung im Jahr 2017 unrealistisch.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (15 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

Nummer 34

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Einreicher mit aufgenommen werden können.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (47 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Nummer 35

entfällt mit Bestätigung des Änderungsantrages Nummer 34

Nummer 36

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 37

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 38

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass das Repair Cafe mit den Menschen zusammen Dinge repariere mit dem Ziel, dass erkannt werde, dass vieles nicht weggeworfen werden müsse. Sie denkt, dass solche Projekte auf dem Sonnenberg sehr wichtig sind.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 39

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 40

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) und Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) zeigen ihre Befangenheit an und nehmen nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Begegnungsstätte Leimtopf die einzige Begegnungsstätte in Bernsdorf ist und der einzige Träger das DRK war. Da die Betreuung einer Begegnungsstätte allerdings nicht im Versorgungsauftrag des DRK liege, wurde ein Verein von Bürgerinnen und Bürgern gegründet. Sie bitten den Stadtrat darum, das ursprünglich für 2017 und 2018 geplante Fördervolumen um 4.000 € wieder zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 41

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 42

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Verein „Kolorit e. V.“ Menschen mit deutschen Wurzeln betreut und fördert. Er musste aus seinem bisherigen Gebäude ausziehen und ist nun auf dem Brühl untergebracht. Da die Miete an diesem Standort viel höher und eine immense Belastung für den Verein darstellt, wird mit dem Änderungsantrag ein Mietzuschuss beantragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(38 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 43

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 44

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass der Änderungsantrag dazu dient, die gewachsenen Aufgaben der Migrationsbeauftragten bewältigen zu können. Hier geht es konkret um eine halbe Stelle insbesondere für Sekretariatsaufgaben.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion RO CHEMNITZ) fragt, warum bei einer rückläufigen Zahl der Asylsuchenden noch eine zusätzliche Stelle benötigt wird.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) antwortet, dass es sich um eine Migrationsbeauftragte handelt und eine nicht unbeachtliche Zahl von Migranten und Migrantinnen in dieser Stadt lebt.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion RO CHEMNITZ) spricht sich gegen solche Stellen aus.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(31 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 45

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(37 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 46

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) schildert, dass das Kosmonautenzentrum dem Ehrenbürger Siegmund Jähn nicht würdig sei und energieeffizient sowie barrierefrei saniert werden solle. Der Träger übernehme hierfür ungefähr die Hälfte der Kosten. Der Rest werde mit dem vorliegenden Antrag beantragt.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) teilt mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag ablehnen werde, da sich der Träger erst am Montag vor der Sitzung bei der Fraktion gemeldet habe.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wünscht eine Erläuterung zur Deckungsquelle.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass in den Bewirtschaftungskosten städtischer Gebäude auch die gesamte Energiethematik enthalten sei. Es sei derzeit schlecht einschätzbar, ob bei der jetzigen Wetterlage letztendlich 135.000 € aus den Bewirtschaftungskosten übrig bleiben. Er weist darauf hin, dass diese Haushaltsstelle in der Regel für städtische Pflichtaufgaben anzuwenden ist.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass der Träger so kurzfristig gehandelt habe, weil er seit Monaten mit dem Jugendamt im Gespräch ist. Ein Teil der Sanierungskosten werde vom Jugendamt übernommen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(19 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 47

Herr Stadtrat Otto und Frau Stadträtin Frau Drechsler (SPD-Fraktion) zeigen ihre Befangenheit an und nehmen nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass trotz des hoch eingestellten Budgets für die Jugendprojekte nochmals für das Jahr 2017 50.000 € mehr beantragt werden und der Jugendhilfeausschuss letztendlich über die Verteilung der Gelder entscheiden solle. Beide Träger haben schon frühzeitig signalisiert, dass ihre Arbeit mit dem jetzigen Zuschuss nicht mehr so geleistet werden könne wie bisher.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass der Inhalt des Vereins Privatsache sei und er somit nichts mit dem städtischen Haushalt zu tun habe.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) erklärt, dass es hier um die Förderung von Projekten, mit gemeinnützigem Charakter geht. Sie erachtet den Antrag als sehr sinnvoll, da der Jugendhilfeausschuss als Fachgremium über diese Gesamtsumme nach Kriterien entscheiden könne.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) geht auf die Aussage von Herrn Kohlmann ein und sagt, dass dieser keine Ahnung habe, was der Verein leiste.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass der Verein das Recht habe, jedoch nicht durch Steuergelder finanziert.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
 (41 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)

Nummer 48

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass der Hebammenmangel ein Dauerthema sei und es an Nachwuchs auch für das Chemnitzer Geburtshaus fehle. Der Trägerverein habe bereits große Anstrengungen unternommen, wodurch der Betrieb bis Mitte 2017 gesichert sei. Mit dem Änderungsantrag werde ein Betriebskostenzuschuss beantragt, um der Einrichtung die Chance zu geben sich unter den schwierigen Bedingungen zu konsolidieren.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass er ausnahmsweise nicht gegen den Änderungsantrag stimmen werde und sieht in dem Problem das Ergebnis staatlicher Eingriffe.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) stellt klar, dass es nicht um einen Versicherungskostenzuschuss, sondern um einen Betriebskostenzuschuss für den Träger gehe und dieser sich bereits vor einem halben Jahr an die Fraktionen gewandt habe.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig bestätigt**
 (48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Nummer 49

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass Pflegeeltern vor allem professionelle Unterstützung benötigen. Es bestehe bereits eine Konzeption zur Betreuung von Pflegefamilien und es habe sich seit dem viel getan. Diese gute Entwicklung solle weiter vorangebracht werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 50

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 51

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 52

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)

Nummer 53

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) weist darauf hin, dass aus einem Schreiben des Staatsministeriums hervor gehe, dass die Kommunen bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben weiterhin gefragt seien. Daher denkt er, dass hier im Stadtrat mit dem Antrag die Weichen gestellt werden sollten.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass der vorliegende Änderungsantrag die Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes beinhalte und dies eigentlich Aufgabe des Landes sei. Da die Stadt der falsche Ansprechpartner sei, lehne ihre Fraktion den Antrag ab. Zudem seien die beantragten Kosten auch zu gering.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 54

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 55

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass das Unterhaltsvorschussgesetz erst zum 01.07.2017 in Kraft treten und deshalb die ab 01.01.2017 eingestellten Mittel als Deckungsquelle benannt wurden. Diese Gelder sollen für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltungen)

Nummer 56

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) beschreibt das Projekt „Huckepack“ und sagt, dass dieses Projekt über ESF-Mittel finanziert werde. Mit der beantragten Summe solle die Weiterbetreuung in den bisherigen Kindertagesstätten ermöglicht werden. Für das Jahr 2018 sollen die erforderlichen Mittel über das Jugendamt eingestellt werden, sofern ein entsprechender Antrag vom Träger eingebracht werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 57

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) erklärt, dass es drei Familienzentren in freier und drei in kommunaler Trägerschaft gibt und das Angebot der Familienbildung in diesen Einrichtungen erweitert werden solle. Für das Jahr 2018 solle eine Evaluierung der Familienzentren über das Jugendamt erfolgen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 58

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Nummer 59

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erinnert, dass die Stelle im vorigen Jahr geschaffen wurde und ein großer Erfolg sei. Mit den beantragten Mitteln solle diese Stelle weitergeführt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 60

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 61

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) informiert, dass die Notwendigkeit der Stellen zu den Anträgen Nummer 61 bis 64 herausgearbeitet wurde und fraktionsübergreifend über die AG Sucht gute Ergebnisse erzielt wurden.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass in der Stadt zukünftig Suchterkrankungen zurückgedrängt werden sollten und dass es bei dem beantragten Koordinator auch um die Dinge gehen solle, die an Sucht angrenzen. Sie nennt als Beispiel die Debatte über das Alkoholverbot in der Innenstadt was u. a. dort auch bearbeitet werden solle.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)

Nummer 62

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)

Nummer 63

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Nummer 64

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Nummer 65

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass Inklusion durch Arbeit gelinge und sich das Beschäftigungsprojekt Tierpark an Jugendliche und junge Erwachsene mit chronischen Erkrankungen in Verbindung mit Sucht- und Drogenproblemen wende und diesen auf sie zugeschnittene Beschäftigungsmöglichkeiten unter sozialpädagogischer Anleitung biete.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 66

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 67

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

Nummer 68

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(41 Ja-Stimmen)**

Nummer 69

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Nummer 70

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 71

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass der gemeinnützige Sportbetrieb der Bereich der Sportförderung sei, der direkt bei den Chemnitzer Sportvereinen ankomme, da damit Übungsleiter, der Kinder- und Jugendsport, der Wettkampfbetrieb sowie die Aus- und Fortbildung unterstützt werden. Mit den beantragten Mitteln solle das Niveau von 2016 auf die Jahre 2017 und 2018 ausgedehnt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Nummer 72

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Nummer 73

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zieht den Änderungsantrag aufgrund der vorangegangenen bestätigten Anträge zurück.

Nummer 74

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) legt dar, dass mit dem beantragten Zuschuss die Aufstockung der Gehälter für Platzwarte erreicht werden könne.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Nummer 75

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Nummer 76

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die Entwicklung des Standortes KÜCHWALD wichtig sei und daher der Änderungsantrag eingebracht wurde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) weist darauf hin, dass seine Fraktionsgemeinschaft einen ähnlichen Änderungsantrag, allerdings für eine Komplettplanung eingebracht habe, da eine Projektskizze allein nicht ausreichende Aussagen biete.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) ergänzt, dass es hier nicht nur um eine Schwimmhalle gehe, sondern um den Gesamtstandort.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass dies nachvollziehbar sei, dennoch solle zunächst eine Machbarkeitsstudie für einen Schwimmkomplex am KÜCHWALD erarbeitet und geprüft werden, was dort überhaupt machbar sei.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erinnert, dass in der heutigen Sitzung mehrheitlich gegen eine Petition mit 13.000 Unterschriften gestimmt wurde. Für eine richtige Entscheidung werde eine Grundplanung benötigt.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erwidert, dass die Petition abgelehnt wurde, aber in Chemnitz eben mehr als 13.000 Einwohner leben und es viele Leute gibt, die an diesem Standort keine Sportschwimmhalle möchten. Daher solle zunächst geprüft werden, was an diesem Standort tatsächlich zu entwickeln sei. Auch solle mit einem Bau nicht 2018/2019 begonnen werden, da dieses riesige Investitionsvolumen nicht geleistet werden könne.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 77

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass mit dem Ringerclub Gespräche geführt wurden und als Ergebnis der fraktionsübergreifende Änderungsantrag eingebracht wurde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Nummer 78

Herr Stadtrat Höhnel (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, wenn keine Sicherung des Baukörpers erfolge und kein entsprechendes Geld eingestellt würde, keine Entscheidung mehr getroffen werden müsse, da das Bad dann defekt sei.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, was sich hinter der Deckungsquelle verberge.

Herr Bürgermeister Schulze bestätigt, dass die Deckungsquelle in der beantragten Höhe möglich sei und es sich hier um die Gewinnausschüttung des ASR handle.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(23 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 79 – aktualisierte Fassung

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt aus, dass der Architekturpreis der Stadt Chemnitz 2008 beschlossen wurde und dass man 2018 zum ersten Mal diese Auslobung machen könne. Deshalb zieht er den Änderungsantrag für 2017 zurück.

Nummer 80 – aktualisierte Fassung

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass seine Fraktion das Anliegen grundsätzlich verstehe. Da es aber eben einen Beschluss des Stadtrates aus dem Jahr 2008 gebe fragt er, warum dieser durch die Verwaltung nicht umgesetzt wurde und ist der Auffassung, dass kein Geld eingestellt werden solle, sondern die Verwaltung lediglich den Beschluss umsetzen müsse.

Herr Bürgermeister Stötzer legt dar, dass noch kein Preis ausgelobt wurde u. a. weil eine Zeitlang nicht viel Bebauung erfolgte. Für 2017 werden allerdings drei Architekturwettbewerbe vorbereitet, für welche die Mittel in den Haushalt eingestellt seien. Insofern bittet er, dass man sich für die Auslobung ab 2018 verständigen könne.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) verweist, dass das Geld aufgrund des Beschlusses aus dem Jahr 2008 für einen Architekturpreis eigentlich eingestellt sein müsse und es somit keinen weiteren Beschlusses sondern lediglich der Umsetzung des bereits gefassten Beschlusses bedarf.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) beantragt eine Auszeit.

Auszeit von 20:11 bis 20:22 Uhr

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(47 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Nummer 81

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es mit dem Änderungsantrag darum gehe, in Verantwortung der CWE eine entsprechende Aufgabenstellung zu formulieren und die Leistungen extern auszuschreiben. Dies solle zunächst auf die Jahre 2017/2018 beschränkt werden und es solle eine regelmäßige Berichterstattung im Verwaltungs- und Finanzausschuss und Planungs-, Bau- und Umweltausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(47 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 82

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 83

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) legt dar, dass es darum gehe, die Kunst im öffentlichen Raum mehr wertzuschätzen mittels der Wiederaufnahme eines Projektes.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 84

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 85

Herr Stadtrat Tietze (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die mit dem Änderungsantrag beantragten Mittel in die Erhaltung und Sanierung von Denkmälern investiert werden sollen.

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass dieses Anliegen grundsätzlich geteilt werde, aber in den Fachausschüssen beraten werden solle welche Mahnmale dies betreffe.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
5 Stimmenthaltungen)

Nummer 86

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
5 Stimmenthaltungen)

Nummer 87

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) stellt fest, dass die Haushaltslage derzeit eine andere sei als noch zur Zeit der Ablehnung des Anliegens durch den Stadtrat. Auch wurden die Änderungsanträge nochmals mit dem Hintergrund der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt eingebracht.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erwidert, dass sich die Haushaltslage der CVAG überhaupt nicht geändert habe. Auch finde er es link, bereits Anliegen erneut einzubringen die bereits abgelehnt wurden.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erinnert, dass die CVAG bereits zum damaligen Zeitpunkt die Anbindung sinnvoll fand und auch ihre Fraktion bei ihrer damaligen Entscheidung bleiben und den Antrag befürworten werde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(20 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 88

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(19 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 89

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt fest, dass die Liquiditätsreserve dadurch entstanden sei, dass Instandhaltungsmaßnahmen unterblieben sind bzw. sich verschoben haben. Daher mache es Sinn die Mittel für Investitionsmaßnahmen einzusetzen so beispielsweise für die Straßenunterhaltung und Fußwege.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht zu diesem und zum Änderungsantrag Nummer 98 und meint, dass es unstrittig sei, dass Gehwege nicht in bestem Zustand seien. Er frage allerdings wer die Sanierung in dieser Höhe planen solle, da nicht ausreichend Personal dafür vorhanden sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(20 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 90

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(18 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 96

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es sich bei diesem Antrag um Schulwegsicherheit im erweiterten Sinne handle und Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden sollen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen)**

Nummer 97

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) legt dar, dass der Antrag auf wiederholte Bitte der Ortschaftsräte Grüna und Mittelbach eingebracht wurde.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Nummer 98

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

Nummer 99

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 100

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass in der Sporthalle Röhrsdorf regelmäßig Sportveranstaltungen stattfinden und nur geringe Parkmöglichkeiten vorhanden seien.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Nummer 101

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) erklärt, dass es mit diesem und folgendem Änderungsantrag allgemein um Brücken gehe und die Verwaltung in die Lage versetzt werden solle bei Bedarf schnell reagieren zu können.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

Nummer 102

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

Nummer 103

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) informiert, dass das Viadukt Rabenstein in diesem Jahr 120 alt werde und seit 15 Jahre um die Erhaltung der Brücke gekämpft werde. Er verweist auf die Zusage der Oberbürgermeisterin, dass die Forderung in der nächsten Haushaltsdiskussion Bestandteil sein werde. Er betont, dass es um eine Perspektive für diese Brücke gehe und bezieht sich in diesem Zusammenhang auf einen Änderungsantrag zum Bau einer Holzbrücke in Ebersdorf in Höhe von 1 Mio. €.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zur Deckungsquelle, dass für das Jahr 2017 noch ausreichend Mittel vorhanden wären, für 2018 allerdings eine neue Deckungsquelle benannt werden müsste.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nr. 104

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(24 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 105

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) begründet den Änderungsantrag damit, dass der ASR in die Lage versetzt werden solle sich in strengen Wintern gegen Entschädigung Unterstützung für den Winterdienst zu holen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass der ASR entsprechend Winterdienstkonzept dies jetzt schon könne und dem ASR nicht vorgeschrieben werden könne wie er seine Pflichtaufgaben erfüllt. Schon aus diesen formalen Gründen könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Herr Bürgermeister Runkel bestätigt, dass es formal nicht möglich sei, privaten Firmen hierfür Geld zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 106

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 107

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 108

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass mit dem Änderungsantrag sichergestellt werden solle, dass die vorhandene Lichtsignalanlage betrieben werden könne, um den Verkehrslauf zu optimieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 109

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen)

Nummer 110

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass zwar das Spielplatzbudget aufgestockt wurde, es dennoch weiterhin zu Beschwerden über zu lange Sperrungen von Spielplätzen komme. Daher werde beantragt das Grünflächenamt personell aufzustocken.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 111

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 112

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

Nummer 113

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

Nummer 114

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert, dass bereits vor mehreren Jahren ein Konzept für Bürgerpflege beantragt wurde, welches bis heute nicht vorliegt. Er meint, dass sich erst mit Vorliegen des Konzeptes darüber verständigt werden sollte, wie dieses mit finanziellen Mitteln umgesetzt werden könne. Daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 115

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen)**

Nummer 116

Frau Stadträtin Roden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass mit dem Änderungsantrag die Kuchwaldbühne mit einem Stahlgitterzaun sicher umzäunt werden solle, um sie vor Vandalismus zu schützen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Nummer 117

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen)**

Nummer 123

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bringt vor, dass im Zusammenhang mit der Sanierung der Karl-Schmidt-Rottluff-Brücke Risse in der Stützmauer entdeckt wurden, die nicht Teil der Sanierung der Brücke sei. Um die Ursachen der Risse zu ergründen und geeignete Maßnahmen einleiten zu können, werden die entsprechenden Mittel beantragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Nummer 124 – aktualisierte Fassung

Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) teilt mit, dass eine Sanierung des Teiches dringend notwendig sei und es entsprechend des zuständigen Amtes eine Studie gibt, wie dieser Teich gestaltet werden könne.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 125

Herr Stadtrat Tietze (Fraktion DIE LINKE) schätzt ein, dass der Konkordiapark stark belebt sei jedoch eine WC-Anlage fehle. Diese werde mit dem Änderungsantrag beantragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(38 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 126

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 127

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) schildert, dass sich die Kleingartenvereine aufgrund der demografischen Entwicklung in einer Umbruchsituation befinden und zahlenmäßig weniger werden. Andererseits bilden sie eine wichtige Komponente des Stadtgrüns und dienen auch der Aufwertung der Wohnquartiere. Die finanziellen Aufwendungen für diesen Umbruch können die Kleingärtner nicht allein bewältigen weshalb die Änderungsanträge für 2017 und 2018 eingebracht wurden. Er informiert abschließend dass für 2017 für 130.000 € förderfähige Projekte beantragt wurden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 128

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 129

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) erklärt, dass es darum gehe Mittel für die Umsetzung des Beschlusses aus 2016 einzustellen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erwidert, dass auch hier der Stadtrat einen Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen habe und das Ergebnis der Prüfung abgewartet werden solle.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) geht davon aus, dass Mittel, die sich aus der Untersuchung des Tiefbauamtes ergeben haben, bereits eingestellt sind.

Herr Bürgermeister Stötzer bestätigt, dass die Prüfung beauftragt wurde und diese damit finanziell sichergestellt sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(7 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 130

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass in den nächsten Jahren große Bauvorhaben anstehen, wofür umfangreiche Umweltprüfungen erforderlich seien. Daher werde eine halbe Stelle für die Umweltplanung beantragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)

Nummer 131

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)

Nummer 132

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass das Klimaschutzkonzept auch zukünftig fortgeschrieben werden müsse und deshalb solle die Stelle entfristet werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)**

Nummer 133

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)**

Nummer 134

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) bringt ein, dass die Naturschutzstation Adelsbergstraße sanierungsbedürftig sei und die Sanierung nicht mehr hinausgeschoben werden könne.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Nummer 135

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen)**

Nummer 136

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen)**

Nummer 137

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 138

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen)**

Nummer 139

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) betont, dass der Umbau der Stadthalle zum Kongresszentrum ein starkes Zeichen an die Wirtschaft in Chemnitz wäre. Auch sei es ein guter Zeitpunkt, da der Eigentümer des Hotels Mercure gewechselt habe und die Schnittstellen beweglicher geworden seien.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Pause von 21:34 bis 21:47

Investitionen

Nummer 140

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es mit dem Antrag um die Fortführung der Sanierung in der Schule gehe.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Nummer 141

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) weist darauf hin, dass die Baustelle seit nunmehr 10 Jahren existiere.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(20 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen)**

Nummer 142

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Nummer 143

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt fest, dass die Diesterwegschule eine der architektonisch schönsten Schulen der Stadt sei, aber im Gebäude ein erheblicher Sanierungsbedarf bestehe. Für die dringend erforderliche Trockenlegung seien zwar Mittel für die Planung eingestellt, allerdings nicht für die tatsächliche Trockenlegung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (19 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen)**

Nummer 144

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die Restarbeiten wie das Dachgeschoss und der Keller an der Musikschule erledigt werden sollen. Mit dem Antrag werden die Planungskosten beantragt, die Baumaßnahme könne sich in den Jahren 2018/2019 anschließen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Nummer 145

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (33 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

Nummer 146

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stellt dar, dass die Hortsituation dem Ausbau zur vierzügigen Schule angepasst werden müsse. Die beantragten Mittel seien für die Planungskosten erforderlich.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (49 Ja-Stimmen)**

Nummer 147

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass es im Sportforum eine vereinseigene Sportstätte gibt in welcher der Erdgeschossbereich barrierefrei ausgebaut sei, jedoch ein Teil der Sozialräume sich in der ersten Etage. Er informiert, dass beim Bau der Treppen schon Vorkehrungen zur Einrichtung eines Behindertenaufzuges getroffen worden sind und mit dem vorliegenden Antrag, der Einbau des Fahrstuhls im nächsten Jahr ermöglicht werden solle.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (47 Ja-Stimmen)**

Nummer 148

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

Nummer 149

Herr Stadtrat Lang (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass die Eisschnelllaufbahn seit 1983 unverändert bestehe und eine Sanierung dringend notwendig sei. Dabei bringe die Überdachung der Bahn eine Wetter unabhängige Trainingsmöglichkeit.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) spricht zum vorliegenden Änderungsantrag und zur Nummer 150 und stellt fest, dass sich beide Anträge lediglich in der Summe unterscheiden. Da die EFC GmbH bereits Mittel in Höhe von 3,5 Mio. € eingestellt habe, wären 8 Mio. € für die Sanierung nicht erforderlich.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) geht davon aus, dass die genannten Zahlen passen.

Herr Bürgermeister Schulze informiert, dass ein entsprechender Fördermittelantrag abgelehnt wurde. Daher stehen die eingeplanten Eigenmittel in Höhe von 3,7 Mio. € im Haushalt noch zur Verfügung. Mit den beantragten Mitteln in Höhe von 5 Mio. € wäre die Summe nach der Kostenschätzung auskömmlich. Er weist darauf hin, dass es sich hier um eine städtische Baumaßnahme handle, da Grund und Boden der Stadt gehöre.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zieht aufgrund der Aussagen den Änderungsantrag seiner Fraktionsgemeinschaft zurück und diese schließt sich dem Änderungsantrag Nummer 150 an. Er fragt abschließend ob alles im Jahr 2017 bleibe.

Herr Bürgermeister Schulze antwortet, dass die 3,7 Mio. € in Jahresscheiben verteilt seien und auch die 5 Mio. € in Jahresscheiben aufgeteilt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass in den Ergänzungen der Verwaltung zum Änderungsantrag Nummer 150 die Aufteilung der Mittel ersichtlich sei.

Nummer 150

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

Nummer 151

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 152

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(15 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 153

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Nummer 154

Herr Stadtrat Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt aus, dass die Kirche gut besucht werde und die Architektur und Ausgestaltung der Jakobikirche eine Sehenswürdigkeit der Stadt sei. Mit dem Änderungsantrag solle erreicht werden, dass nach der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg nunmehr das letzte entscheidende Element im Inneren der Kirche wieder aufgestellt werden könne. Er erwähnt, dass bisher durch privates Engagement Spenden in Höhe von 13.000 € generiert werden konnten und die im Antrag veranschlagte Summe die letzte Finanzierungslücke schließen solle.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass die Denkmalförderung 2016 um 70.000 € erhöht worden sei und in der mittelfristigen Planung 100.000 € mehr eingestellt wurden. Somit ständen insgesamt 200.000 € zur Verfügung. Er schlägt vor, dass Herr Bürgermeister Stötzer diesen Antrag zur Prüfung, ob diese Maßnahme dort eingeordnet werden könne, mitnehme.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erwidert, dass es hier um 40.000 € geht, wenn man das aber in der Denkmalpflege mit 150.000 € insgesamt einspeist, komme nur ein Zehntel der Summe heraus. Den Verweis an die Denkmalpflege sieht sie als Augenwischerei.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 159

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) spricht zu den Treppenanlagen im Stadtpark, dem Schloßteich und am Schloßberg, welche im desolaten Zustand seien und Unfallrisiken nach sich ziehen. Mit den Anträgen sollen die Gefahrenquellen beseitigt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 160

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erinnert daran, dass es darum gehe die Sanierung der Straßen bis zum Ende des Gewerbegebietes durchzuführen, was bisher durch die Verwaltung aufgrund des Baus des Kreisverkehrs abgelehnt wurde. Mittlerweile sei die Fertigstellung des Kreisverkehrs für Mitte des Jahres vorgesehen und somit könnte man auch die Straßen sanieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 161

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) informiert, dass seitens des Ortschaftsrates schon im Februar 2016 gegenüber der Stadtverwaltung angezeigt wurde, dass der desolante Zustand vor allem für Fußgänger und Radfahrer ein erhebliches Risiko darstelle. In der Vorplanung sei der Teilbereich erst für die Jahre 2019/2020 vorgesehen. Allerdings könne mit dem Vorziehen der Maßnahme dieser Unfallschwerpunkt beseitigt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 162

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erinnert an den Rückbau der Fußgängerbrücke über den Bahnhof Hilbersdorf durch die Deutsche Bahn AG 2003, welche damals Bestandteil des Rad- und Wanderweges war und der Erschließung von drei Kleingartenanlagen und dem Sächsischen Eisenbahnmuseums in Hilbersdorf diente. Da es im vergangenen Jahr möglich wurde, dieses Projekt auf die Nachrückerliste vom KomInvest zu bringen sei es jetzt konsequent die Brücke wieder zu errichten, da nun eventuell die nötigen Mittel zur Verfügung ständen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nummer 163

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 164

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 165

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erläutert, dass es sich bei dem Antrag um eine koordinierte Maßnahme im Rahmen des Chemnitzer Modells handle. Da der VMS einmal dort baue würde es Sinn machen, die Arbeiten parallel gleich mitzumachen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bringt den Vorschlag, in Rücksprache mit dem Ortschaftsrat und der Erzgebirgsbahn, den 16.000 € im Jahr 2017 des Antrages Nummer 166 und den 247.000 € für 2018 des Antrages Nummer 167 zuzustimmen, weil das realistisch, umsetzbar und mit der Streckensperrung vereinbar sei. Die 700.000 € für 2018 entsprechend des vorliegenden Antrages sollten abgelehnt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 166

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(30 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen)

Nummer 167

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zieht den Änderungsantrag aufgrund der Abstimmungsergebnisse der vorangegangenen Anträge zurück.

Nummer 168

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) weist darauf hin, dass der Sachverhalt bereits in der Haushaltssitzung 2015 beschlossen wurde, aber der Betrag von der Verwaltung nicht in die Haushaltssatzung für die Jahre 2017/2018 eingestellt wurde. Da die Baumaßnahme erst in der Vorschau für 2019/2020 enthalten sei, werde der Antrag erneut eingereicht.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob es geschafft werde, die Mittel in 2017 zu verbauen.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass die Planung vorbereitet sei, es aber schwierig werde in einem Jahr 680.000 € zu verbauen, daher werde ein Haushaltsausgaberesort mit in das Jahr 2018 genommen werden müssen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 169

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass im Jahr 2106 rund um den Pelzmühlenteich und die Gaststätte Pelzmühle viel passiert sei. Sie erklärt, dass sich der jetzige Gaststättenbetreiber zu einer jährlichen Übernahme eines Teils der Nebenkosten in Höhe von 5.000 € bereit erklärt habe, wenn der Brunnen saniert werde. Sie bittet um Zustimmung, da das bürgerliche Engagement unterstützt werden sollte.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entgegnet, dass die Haushaltsverhandlung nicht der richtige Ort sei solche Fragen zu diskutieren. Ihre Fraktion würde das perspektivisch unterstützen, dafür brauche es aber belastbare Aussagen, was die Übernahme der Betreiberkosten tatsächlich anbelangt. Sie denkt, dass man dann mit einer ordentlichen Vorbereitung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss durchaus einen entsprechenden Beschluss fassen könne. Sie sagt abschließend, dass sie nicht bereit sei auf Zuruf über eine so beachtliche Investitionssumme zu entscheiden.

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) antwortet, dass die Nebenkosten beim Dezernat 6 abgefragt und zugearbeitet wurden. Sie könne sich nicht vorstellen, dass im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss im laufenden Jahr 150.000 € für den Brunnen beschlossen werden können.

Herr Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ihm das zu schwammig sei und im Vorfeld darüber geredet werden solle, um das gemeinsam anzugehen. Er bringt hier das Beispiel des ehrenamtlichen Brunnenbetriebs in Gröna, bei dem sämtliche Strom- und Wasserkosten getragen werden.

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, ob Herr Herrmann tatsächlich den Sprudelstein am Hexenberg mit der Brunnenanlage Rosengarten Pelzmühlenteich vergleicht.

Herr Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) antwortet, dass er die Leistungen vergleicht, die damit zusammenhängen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(13 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Nummer 170

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zieht den Änderungsantrag zurück.

Nummer 171

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(16 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 172

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 173

Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erinnert an die Sitzung im Dezember 2014, bei der ein ähnlicher Antrag eingebracht und mit großer Mehrheit bestätigt wurde. Es gehe darum, dass der Durchlass des Gablenzbaches an dieser Stelle seit 2014 aufgrund von zwei Regenüberlaufbecken an der B174 mehr Wasser erhalte. Er bittet um Zustimmung um diese Engstelle zu beseitigen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN) erklärt, dass vor einigen Jahren ein Antrag für ein Hochwasserschutzkonzept gestellt wurde, auf welches noch heute gewartet werde. Er fände es schön, wenn es eine Aussage gäbe, wann das Konzept kommt. Dieses müsste dann eine Prioritätenliste enthalten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 174

Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es mit dem Antrag darum gehe, den Durchlass beim Rathaus im Ortsteil Altenhain zu sanieren.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass es in der Regel für Hochwasserschutzmaßnahmen Fördermaßnahmen gibt. Er sagt, dass es für den Altenhainer Dorfbach keine Fördermittel geben werde, wenn nicht konzeptionell das Gesamtgewässer zu mindestens auf einen gewissen Abschnitt betrachtet werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nummer 175

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass es um die Zufahrt der größten Kleingartenanlage in Chemnitz gehe. Dort wurde 2015 die wichtigste Verkehrsverbindung durch die Deutsche Bahn abgerissen. Die einzige schmale Zufahrtsstraße die noch existiere sei dem hohen Verkehrsaufkommen nicht gewachsen und so werden als Ausweich der unbefestigte Randstreifen und vor allem das angrenzende Feld genutzt. Da bisher zur Realisierung die entsprechenden Finanzen fehlten, werde dies nunmehr beantragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 176

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Stellenplan

Die **Änderungsanträge Nummer 177 bis 181** werden en bloc abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Die **Änderungsanträge Nummer 182 und 183** werden ebenfalls en bloc abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)

Die **Änderungsanträge Nummer 184 bis 200** werden ebenfalls en bloc abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Die **Änderungsanträge Nummer 201 und 202** werden nicht abgestimmt, da diese Sachverhalte bereits abgelehnt wurden.

Die **Änderungsanträge Nummer 203 bis 206** werden en bloc abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Änderungsanträge der Ortschaftsräte

Nummer 207

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Nummer 208

Der Antrag ist obsolet.

Nummer 209

Der Antrag ist obsolet

Nummer 210

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt
(25 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen)

Nr. 211

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen)

Nummer 212

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(22 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 213

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(19 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 214

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(17 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 215

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(20 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nummer 216

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(23 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen)

Nummer 217

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(23 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen)

Nummer 218

Der Antrag ist obsolet.

Nummer 219

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Nummer 220

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE), Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP), Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion), Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) und Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) zeigen ihre Befangenheit an und nehmen an der Abstimmung zur Haushaltssatzung nicht teil.

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1 auf Basis der Anlage 1, Seiten 2 und 3 unter Berücksichtigung aller beschlossenen Änderungen sowie Punkt 2 und 3 der Vorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

An der Abstimmung nahmen fünf Stadtratsmitglieder auf Grund angezeigter Befangenheit nicht teil.

Beschluss B-004/2017

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 auf Basis der Anlage 1, S. 2 und 3 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.
2. Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung, die haushaltsneutralen Veränderungen aus der Anpassung statistischer Vorgaben für Leistungen, die durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sachlich begründet sind, in den endgültigen Haushaltsplan einzuarbeiten.
3. Die Finanzplanansätze für die Zuschüsse an die Städtische Theater Chemnitz gGmbH in PUG 26110 – Beteiligungen an Theatern – ab dem Jahr 2019 stehen unter dem Vorbehalt des Abschlusses von Zukunftstarifverträgen in allen Tarifbereichen der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH. Sollte dies nicht möglich sein und die Mitarbeiter bzw. Teile der Belegschaft zum Flächentarifvertrag zurückkehren, wird der Generalintendant der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH beauftragt, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten, wie die Zuschusshöhe eingehalten werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)

7 Beschlussvorlage

Bildung einer Lenkungsgruppe zur Steuerung des Prozesses zur Bewerbung der Stadt Chemnitz um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025"
Vorlage: B-037/2017 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über Beschlusspunkt 1 – Bildung einer Lenkungsgruppe

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)**

Wahl der Mitglieder des Stadtrates und deren Stellvertreter in die Lenkungsgruppe

Die Wahl erfolgt entsprechend § 42 SächsGemO. Da sechs Wahlvorschläge für die vier zu besetzenden Plätze vorliegen, kann keine Einigung erfolgen.

Abstimmung über das Benennungsverfahren

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen)**

Die vier Plätze verteilen sich wie folgt:

Fraktionen	Anzahl der Sitze
Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	2
Fraktion DIE LINKE	1
SPD-Fraktion	1

Wahl der weiteren Mitglieder der Lenkungsgruppe

Die Wahlen erfolgen gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl.

Da es keinen Widerspruch gibt, werden die Wahlen offen durchgeführt.

Wahl von Herrn Ferenc Csák

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(46 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Frau Katja Uhlemann

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(41 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Herrn Borries Butenop

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(40 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-037/2017

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung einer Lenkungsgruppe zur Steuerung des Prozesses zur Bewerbung der Stadt Chemnitz um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ unter Vorsitz der Oberbürgermeisterin.
2. Der Stadtrat beschließt für die Mitglieder des Stadtrates und deren Stellvertreter das Benennungsverfahren. Die vier Plätze verteilen sich wie folgt:

Fraktionen	Anzahl der Sitze
Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	2
Fraktion DIE LINKE	1
SPD-Fraktion	1

Der Stadtrat wählt:

Herrn Ferenc Csák	Amtsleiter Kulturbetrieb
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Bürgermeisteramt
Herrn Börries Butenop	Amtsleiter Stadtplanungsamt
Herrn Sören Uhle	Geschäftsführer Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Herrn Dr. Christoph Dittrich	Generalintendant der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH, Vorsitzender Landesverband Sachsen im Deutschen Bühnenverein und Mitglied des Sächsischen Kultursenats
Herrn Egmont Elschner	Vorsitzender Kulturbeirat
Herrn Prof. Gerd Strohmeier	Vertreter der Technischen Universität Chemnitz
Herrn Gunnar Bertram	Vertreterin/Vertreter der Wirtschaft
Frau Dr. Micaela Schönherr	ehrenamtliche Vertreterin des Sports
Frau Lisa Lotze	junge Erwachsene (18 – 25 Jahre) aus der freien Kulturszene als Vertreterin/Vertreter der „Generation 2025“

3. Die Vorsitzende der Lenkungsgruppe wird ermächtigt, bei Bedarf im Benehmen mit der Lenkungsgruppe weitere externe Vertreterinnen/Vertreter aus verschiedenen Bereichen/Institutionen zu einem späteren Zeitpunkt in die Lenkungsgruppe zu kooptieren.

4. Die Mitglieder der Lenkungsgruppe, welche im Rahmen ihrer Dienstausbübung für die Stadt Chemnitz oder als Funktionsträger einer Institution mitarbeiten, werden für ihre Arbeit nicht gesondert entschädigt. Die Stadtratsmitglieder, das Beiratsmitglied und die/der junge Erwachsene erhalten eine Entschädigung, die sich der Höhe nach an der Satzung der Stadt Chemnitz über die Entschädigung der Stadtratsmitglieder und der sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürger orientiert. Finanziert wird dies aus dem Budget für die Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“. Für eventuelle externe kooptierte Mitglieder außerhalb der Stadt Chemnitz, werden bei Bedarf erforderliche Reisekosten und notwendige Auslagen erstattet.

8 Informationsvorlage

Bericht zum Stand der Maßnahmenumsetzung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Chemnitz 2020 (SEKo) in Ergänzung zum Vorbericht zur Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 (Zweijahreshaushalt)
Vorlage: I-005/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Beschlussanträge

- 9.1 Musealer Eisenbahnstandort Chemnitz-Hilbersdorf
Vorlage: BA-065/2016 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 vertagt.

- 9.2 Erhalt des Sommerbades Erfenschlag
Vorlage: BA-066/2016 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Änderung des Einreichers ausgereicht.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) erklärt, dass es diametrale Vorstellungen zwischen dem Bürgerverein und der Verwaltung gebe und daher klärender Beratungsbedarf zwischen beiden bestehe.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) bringt einen Änderungsantrag seiner Fraktion ein, der den Beschlussantrag ersetzen solle. Er erläutert den Inhalt des Änderungsantrages.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass die Wiederinbetriebnahme des Bades durch den Verein um ein Vielfaches mehr kosten werde, als die beantragten 300.000 €.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass die 300.000 € Fördermittel seien, die aus dem Hochwasser zur Verfügung gestellt wurden. Diese seien nicht übertragbar, da sie zweckgebunden sind.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass es nach seiner Kenntnis möglich wäre sukzessiv in Jahresscheiben von 50.000 € im haushaltsrelevanten Zeitraum 2017/2018 weiterzukommen, was die Investitionen betrefte. Des Weiteren merkt er an, dass es ihn sehr ärgert, dass es nicht zustande kam diese Vorlage im Herbst inhaltlich und fachlich in Ruhe zu bereden.

Herr Bürgermeister Runkel stellt klar, dass das Bad seit 2014 keinerlei wasserrechtliche Genehmigungen sowohl zur Entnahme noch zur Einleitung habe und es auch zukünftig keine Genehmigungen geben werde. Er betont, dass man dem Verein eine Ruine verkaufen würde, die keine wasserrechtlichen oder sonstige Genehmigungen habe.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) sagt, dass noch mehr Gutachten erstellt wurden und dass auch vom Verein diverse Vorschläge gemacht worden sind. Des Weiteren liegt eine Bestätigung des ESC vor, dass eine Einleitung möglich sei. Er weist darauf hin, dass auch hier noch Gespräche geführt werden müssten. Er erklärt, seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE übernehmen werde.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) meint, dass sich mit diesem Antrag an der jetzigen Situation nichts ändern werde und das Bad auch nicht in Jahresscheiben oder vom Verein oder einer Trägergesellschaft zu finanzieren sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE FRAKTION DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
10 Stimmenthaltungen)**

Da der Änderungsantrag den Beschlussantrag ersetzt, erfolgt zum Beschlussantrag keine Abstimmung.

Beschluss BA-066/2016

Der Stadtrat beschließt:

1. Das „Erfenschlager Bad“ wird als Freibad in kommunaler Hand geschlossen.
2. Das bisherige Bad inkl. aller Gebäude und der wasserrechtlichen Genehmigung wird an den Verein „Bürger für Erfenschlag“ bzw. an eine von diesem beherrschte Betreibergesellschaft oder an eine von diesem gegründete Genossenschaft bis zum 30.06.2017 verkauft.
3. Im Kaufvertrag hat die Stadt zu regeln, dass auf diesem Grundstück nur ein Freibad oder Freizeiteinrichtungen betrieben werden dürfen; eine andere wirtschaftliche insbesondere auch wohnwirtschaftliche Nutzung, ist auszuschließen.
4. Die Stadt unterstützt die Wiederinbetriebnahme des Freibades durch den Verein/Betreibergesellschaft mit insgesamt 300 TE. Deckungsquelle dafür sind die im B-16812016 vorgesehenen Mittel für den Rückbau des Freibades im 1. Bauabschnitt. Dieser Betrag ist sukzessive als Aufstockung von Sponsoringmitteln zu 50 % bereitzustellen; maximal aber 300 T€.

5. Die Stadt gewährleistet eine verlässliche Unterstützung des Vereins/
Betreibergesellschaft bei der Genehmigung des Badebetriebes.
6. Der Verein legt der Stadt bis zum 30.04.2017 ein schlüssiges Konzept für den
Betrieb des Freibades und die vorgelagerten Investitionen inkl. des Mittelauf-
kommens vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen)

10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Es gibt keine Anfragen.

11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift
der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE
LINKE) und Herr Stadtrat Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bestätigt

02.03.2017 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

06.03.2017 *Berger*
Datum Berger
Mitglied
des Stadtrates

02.03.2017 *Chr. Kempe*
Datum Kempe
Mitglied
des Stadtrates

01.03.2017 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin